

7

Sozialstruktur und soziale Lagen

Auszug aus dem
Datenreport 2016

80 %

der 2013 in Deutschland lebenden Migranten wollen für immer in Deutschland bleiben.

60 %

der erwachsenen Bevölkerung ordneten sich 2014 der Mittelschicht zu.

16,4 Mill.

Menschen in Deutschland hatten 2014 einen Migrationshintergrund.

38 %

der Männer in Westdeutschland und 26 % der Männer in Ostdeutschland erreichten 2010–2014 eine höhere berufliche Position als ihre Väter.



7

Sozialstruktur und soziale Lagen

7.1 Soziale Lagen und soziale Schichtung*

*Überarbeitung der Version, die 2013 von Roland Habich erstellt wurde.

Mareike Bünning
WZB

WZB/SOEP

Probleme der sozialen Ungleichheit und der Verteilung finden in den letzten Jahren insbesondere angesichts der verschärften wirtschaftlichen Situation und der stagnierenden Einkommensentwicklung wieder große Aufmerksamkeit. Mit diesen Entwicklungen sind politische Diskussionen und Konflikte verbunden, aber auch unmittelbare Konsequenzen für die Verteilung des Wohlstands sowie die soziale Lage und Stellung verschiedener Bevölkerungsgruppen in der gesellschaftlichen Statushierarchie. Zudem ist auch die Strukturierung der Gesellschaft in soziale Klassen und Schichten wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt, nachdem manche Sozialwissenschaftler zuvor deren Existenz zunehmend in Fra-

ge gestellt und die »klassenlose« oder »entschichtete« Gesellschaft als Folge einer weitgehenden Individualisierung proklamiert hatten. ▶ [Info 1](#)

7.1.1. Soziale Lagen in Deutschland

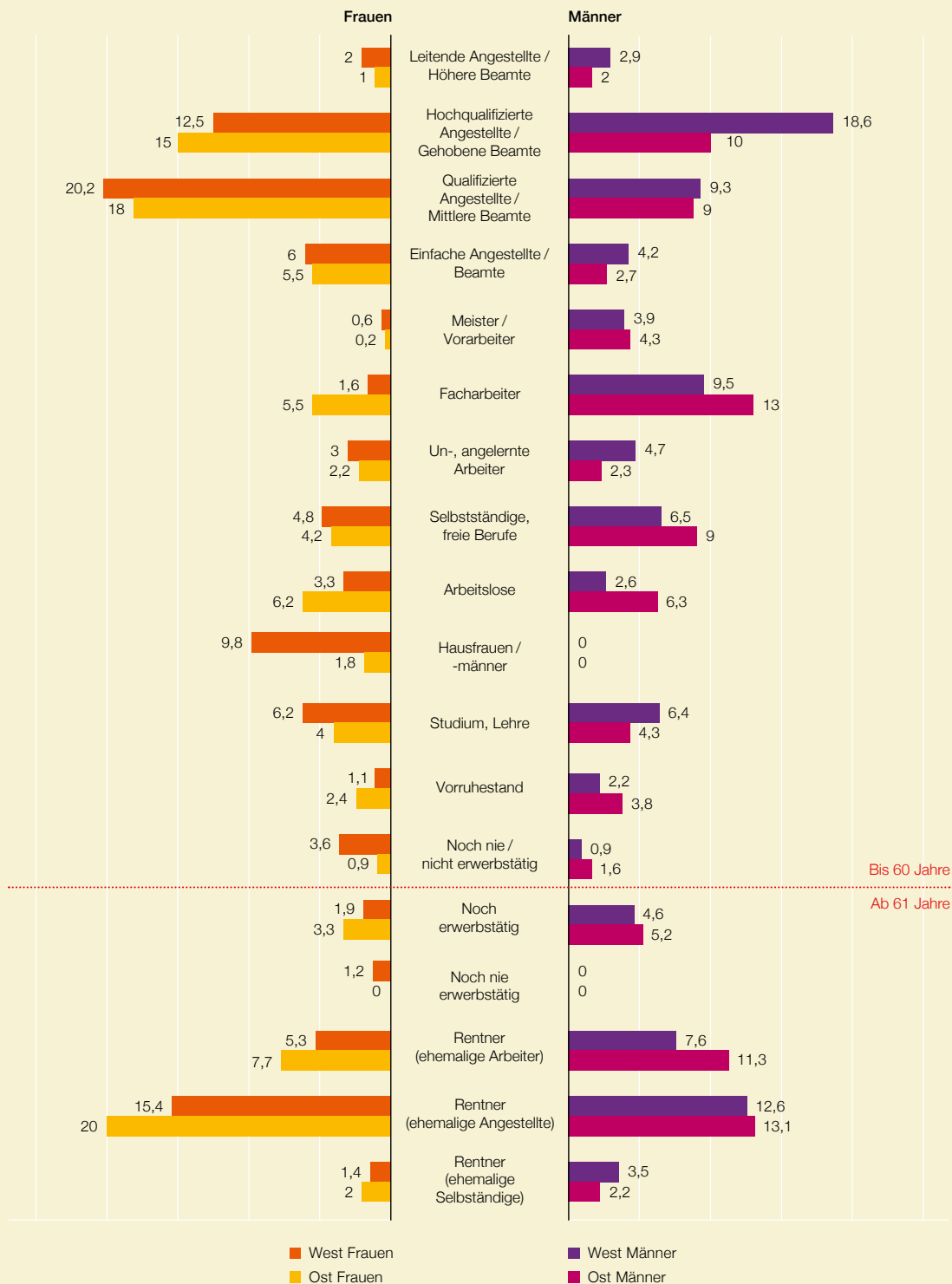
Im Folgenden wird ein übergreifendes Bild der Sozialstruktur der Bundesrepublik präsentiert, das auf die Konzepte der sozialen Lage, der Klassenlage und der subjektiven Schichteinstufung zurückgreift. Für die Unterscheidung von sozialen Lagen wird die erwachsene Bevölkerung zunächst getrennt nach Männern und Frauen, in unter und über 60-Jährige sowie nach ihrer Stellung zum und im Erwerbsleben aufgegliedert. Daraus ergeben sich insgesamt 18 soziale Lagen von

▶ Info 1

Konzepte der Struktur sozialer Ungleichheit

Konzepte wie »soziale Schichtung«, »Klassenlagen«, oder »soziale Lagen« beziehen sich auf die Strukturen der sozialen Ungleichheit in einer Gesellschaft und auf die Position von Personen in der Statushierarchie. Soziale Schichtung bezeichnet generell eine strukturelle Ungleichheit zwischen sozialen Positionen, die sich zum Beispiel in Einkommens-, Prestige- und Einflusssdifferenzen ausdrückt. Die Klassenlage von Personen und Haushalten ist demgegenüber spezifischer und verweist auf Positionen in der vertikalen Statushierarchie, die mit typischen Erwerbs- und Lebenschancen verbunden sind. Das Konzept der »sozialen Lage« umfasst darüber hinaus auch weitere Ungleichheitsdimensionen, darunter auch sogenannte neue soziale Ungleichheiten, die alte Ungleichheiten überlagern, verstärken oder abschwächen können. Dabei werden neben objektiven Merkmalen oder Benachteiligungen zum Teil auch subjektive Merkmale betrachtet.

► Abb 1 Soziale Lagen in Ost- und Westdeutschland 2014 – in Prozent



Datenbasis: ALLBUS 2014.

► Tab 1 Soziale Lagen in Ost- und Westdeutschland 1990–2014 – in Prozent

	West		Ost		West		Ost	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1990				2014			
Bis 60 Jahre								
Leitende Angestellte/Höhere Beamte	3,0	0,9	1,9	0,7	2,9	2,0	1,6	1,1
Hochqualifizierte Angestellte/Gehobene Beamte	16,4	6,6	13,0	13,5	18,6	12,5	10,4	14,8
Qualifizierte Angestellte/Mittlere Beamte	11,4	14,0	5,4	21,5	9,3	20,2	8,8	18,1
Einfache Angestellte/Beamte	3,0	8,2	4,0	9,0	4,2	6,0	2,7	5,5
Meister/Vorarbeiter	4,4	0,4	9,9	1,7	3,9	0,6	4,3	0,2
Facharbeiter	14,8	1,2	27,7	9,9	9,5	1,6	13,0	5,5
Un-, angelernte Arbeiter	4,2	2,0	3,1	1,9	4,7	3,0	2,3	2,2
Selbstständige, freie Berufe	7,9	3,7	6,5	4,5	6,5	4,8	9,0	4,2
Arbeitslose	1,6	2,0	6,8	9,7	2,6	3,3	6,3	6,2
Hausfrauen/-männer	0,2	24,5	0,0	2,5	0,0	9,8	0,0	1,8
Studium, Lehre	10,8	5,3	2,5	1,0	6,4	6,2	4,3	4,0
Vorruhestand	2,3	1,9	4,3	6,7	2,2	1,1	3,8	2,4
Noch nie/nicht erwerbstätig	0,9	4,5	0,3	0,3	0,9	3,6	1,6	0,9
Ab 61 Jahre								
Noch erwerbstätig	2,7	0,9	2,8	0,5	4,6	1,9	5,2	3,3
Noch nie erwerbstätig	0,0	5,8	0,0	0,8	0,0	1,2	0,0	0,0
Rentner (ehemalige Arbeiter)	2,6	5,1	2,2	3,7	7,6	5,3	11,3	7,7
Rentner (ehemalige Angestellte)	9,7	11,1	7,6	10,1	12,6	15,4	13,1	20,0
Rentner (ehemalige Selbstständige)	3,6	1,7	1,7	2,1	3,5	1,4	2,2	2,0

Datenbasis: ALLBUS 1980–2012 kumuliert, ALLBUS 2014.

Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen. Im Blickpunkt steht die Sozialstruktur im Jahr 2014 in West- und Ostdeutschland. Durch den Vergleich mit dem Jahr 1990 können zudem die Richtung des sozialen Wandels insgesamt sowie insbesondere die sozialstrukturellen Veränderungen in Ostdeutschland in dieser Periode der gesellschaftlichen Transformation betrachtet werden. Dabei richtet sich das Interesse vor allem darauf, inwieweit soziale Lagen einerseits mit objektiven Lebensbedingungen einhergehen und andererseits mit subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen verbunden sind. ► Abb 1

Weitreichende Konsequenzen für die Sozialstruktur waren mit den massiven Umwälzungen verbunden, die nach 1990 auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt statt-

fanden. Aus einer ursprünglich vollbeschäftigten Arbeitsgesellschaft entwickelte sich infolge der gesellschaftlichen Transformation nach der deutschen Vereinigung zunächst eine zerklüftete Beschäftigungsstruktur, die sich erst im Zeitverlauf allmählich an die westdeutschen Strukturen angenähert hat. Arbeitslosigkeit, Vorruhestand und Hausfrauenrolle sind für einen erheblichen Teil der ehemals Erwerbstätigen in der DDR im Verlauf des Transformationsprozesses zu meist ungewollte neue Lebensformen geworden. Eine vergleichbar starke Veränderung der Sozialstruktur in Westdeutschland stellt lediglich die Abnahme des Anteils der Nichterwerbstätigen dar: Der Anteil der Hausfrauen ist seit 1990 um mehr als die Hälfte zurückgegangen, während die Frauenerwerbstätigkeit zu-

genommen hat. Dabei ist bei den Frauen zugleich ein deutlicher Anstieg von qualifizierten Angestelltenpositionen festzustellen. ► Tab 1

In Westdeutschland dominieren unter den Erwerbstätigen die Angestellten und Beamten. Während die alte Bundesrepublik insofern bereits über einen längeren Zeitraum als eine »Angestelltengesellschaft« bezeichnet werden kann, hat sich die ausgeprägte »Facharbeitergesellschaft« der damaligen DDR mittlerweile teilweise aufgelöst, wenngleich – vor allem bei den Männern – Facharbeiterpositionen immer noch stärker und Angestelltenpositionen weniger verbreitet sind als in Westdeutschland.

Ein Zeitvergleich (1990 bis 2014) verdeutlicht die Unterschiede zwischen den vielfältigen Umbrüchen während der

► Tab 2 Indikatoren der objektiven Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland nach sozialen Lagen 2014 – in Prozent

	Quintile des Haushaltseinkommens pro Kopf ¹						Wohneigentum ²		Eigene wirtschaftliche Lage ist sehr gut / gut	
	West			Ost			West	Ost	West	Ost
	Unterstes	Mittleres	Oberstes	Unterstes	Mittleres	Oberstes				
Bis 60 Jahre										
Leitende Angestellte/Höhere Beamte	4	6	57	/	/	/	79	/	86	/
Hochqualifizierte Angestellte/Gehobene Beamte	4	15	43	6	20	34	61	51	81	79
Qualifizierte Angestellte/Mittlere Beamte	5	21	27	14	20	21	50	54	66	69
Einfache Angestellte/Beamte	27	22	9	43	14	0	34	44	37	36
Meister/Vorarbeiter	13	24	20	5	14	41	74	60	74	68
Facharbeiter	15	25	12	10	32	6	47	50	59	61
Un-, angelernte Arbeiter	22	23	6	35	30	0	38	28	47	28
Selbstständige, freie Berufe	11	8	44	17	18	23	65	58	63	62
Arbeitslose	69	10	2	79	2	5	14	26	22	16
Hausfrauen/-männer	25	23	11	/	/	/	50	/	56	/
Studium/Lehre	38	13	10	62	8	3	39	13	61	37
Vorruhestand	46	3	14	48	16	3	43	50	50	26
Noch nie/nicht erwerbstätig	60	2	0	/	/	/	33	/	55	/
Ab 61 Jahre										
Noch erwerbstätig	12	16	36	20	20	20	71	60	62	62
Rentner (ehemalige Arbeiter)	26	29	2	35	20	1	51	43	67	63
Rentner (ehemalige Angestellte, Beamte)	11	19	28	17	27	3	64	49	75	74
Rentner (ehemalige Selbstständige)	24	4	17	24	14	10	69	57	75	65

¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf.

² Anteil der Personen, die angeben, dass sie in eigenem Haus/ in der eigenen Wohnung (auch Familienbesitz) wohnen.

/ Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 2014.

Transformation in Ostdeutschland und der eher kontinuierlichen und dramatischen Entwicklung im Westen Deutschlands. Insbesondere der anhaltend hohe Bestand an Arbeitslosen sowie die vergleichsweise hohen Anteile der Rentner und vor allem der Rentnerinnen sind als Folge des Arbeitsplatzabbaus im Osten Deutschlands weiterhin sichtbar. Positiv hat sich dagegen der Anteil der Selbstständigen entwickelt, der im Jahr 2014 im Osten Deutschlands sogar höher ist als in Westdeutschland.

Soziale Lagen sind auch als Handlungskontexte von Bedeutung, die unterschiedliche Chancen der Lebensgestaltung bieten. Die Ungleichheit in den objektiven Lebensbedingungen, die mit der Zugehörigkeit zu den hier unterschiedlichen sozialen Lagen verbunden ist, äußert sich unter anderem in Einkommensunter-

schieden, im allgemeinen Lebensstandard – zum Beispiel gemessen am Wohneigentum – sowie in der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Dabei zeigt sich, dass mit einer höheren Position in der hierarchischen Gesellschaftsstruktur erwartungsgemäß auch eine vorteilhaftere materielle Situation verbunden ist. Selbstständige, freie Berufe sowie hochqualifizierte oder leitende Angestellte und Beamte befinden sich überwiegend im oberen Segment der Einkommensverteilung, während die Zugehörigkeit zu Arbeiterpositionen eher mit einem mittleren oder niedrigen Einkommen verbunden ist. Vergleicht man die finanzielle Situation der verschiedenen sozialen Lagen in Ost- und Westdeutschland, dann sind die Differenzen bei den (Fach-)Arbeitern geringer als bei den Angestellten und Selbstständigen. ► Tab 2

Die Verteilung von Wohneigentümern verdeutlicht als relevanter Indikator für den allgemeinen Lebensstandard, dass mit den differentiellen sozialen Lagen auch Unterschiede in den Möglichkeiten der Ressourcenverwendung einhergehen: In Ost- und Westdeutschland finden sich unterdurchschnittliche Eigentümerquoten vor allem bei den wenig qualifizierten Arbeitern und Angestellten.

Die unterschiedlichen materiellen Verhältnisse, die mit diesen sozialen Lagen verbunden sind, spiegeln sich auch in der subjektiven Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation wider. Während Personen in privilegierten sozialen Lagen ihre wirtschaftliche Situation vorwiegend als »sehr gut« oder »gut« bewerten, fällt die Bewertung bei Personen in schlechteren sozialen Lagen erwartungsgemäß weniger günstig aus.

► Tab 3 Indikatoren der subjektiven Wohlfahrt in Ost- und Westdeutschland nach sozialen Lagen 2014

	Gerechter Anteil am Lebensstandard Anteil »gerecht/mehr als gerecht«		Einstufung auf der Unten-Oben-Skala ¹		Allgemeine Lebenszufriedenheit ²	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %		Durchschnittswert			
Bis 60 Jahre						
Leitende Angestellte/Höhere Beamte	76	/	7,0	/	8,1	/
Hochqualifizierte Angestellte/Gehobene Beamte	74	62	6,9	6,6	8,0	7,8
Qualifizierte Angestellte/Mittlere Beamte	70	44	6,5	6,5	7,8	7,5
Einfache Angestellte/Beamte	41	21	5,9	5,8	7,1	6,5
Meister/Vorarbeiter	57	33	6,7	6,3	7,7	7,5
Facharbeiter	50	36	6,1	6,2	7,5	7,2
Un-, angelernte Arbeiter	49	16	5,8	5,0	7,0	5,8
Selbstständige, freie Berufe	73	46	7,0	6,4	7,8	7,6
Arbeitslose	38	15	5,0	5,1	5,8	5,6
Hausfrauen/-männer	68	/	6,4	/	7,9	/
Studium, Lehre	87	75	6,7	6,0	8,0	7,0
Vorruhestand	55	21	5,9	5,3	7,0	5,7
Noch nie/nicht erwerbstätig	57	/	5,7	/	7,2	/
Ab 61 Jahre						
Noch erwerbstätig	64	58	6,6	6,4	7,5	7,5
Rentner (ehemalige Arbeiter)	63	33	5,7	5,8	7,8	6,8
Rentner (ehemalige Angestellte, Beamte)	81	49	6,6	6,4	8,0	7,7
Rentner (ehemalige Selbstständige)	68	52	6,4	5,9	7,8	6,4

1 Mittelwerte auf der Unten-Oben-Skala von 1 (=»unten«) bis 10 (=»oben«).

2 Mittelwerte auf Zufriedenheitsskala von 0 (=»ganz und gar unzufrieden«) bis 10 (=»ganz und gar zufrieden«).

/ Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 2014.

Die subjektive Beurteilung des eigenen Anteils am allgemeinen Lebensstandard als gerecht (beziehungsweise ungerecht) variiert ebenfalls nach sozialer Lage. Es zeigt sich, dass Personen auf Arbeiter- oder einfachen Angestelltenpositionen und vor allem Arbeitslose seltener als andere einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten glauben. Nur 38 % der Arbeitslosen in Westdeutschland und 15 % in Ostdeutschland betrachten ihren Anteil am Lebensstandard als gerecht. Grundsätzlich sehen Ostdeutsche über alle Lagen hinweg ihren Lebensstandard im Vergleich zu Westdeutschen seltener als gerecht an. ► Tab 3

Die einzelnen sozialen Lagen repräsentieren auch unterschiedliche soziale Positionen in der subjektiv wahrgenommenen vertikalen Gliederung der Gesellschaft, wie an ihrer Einstufung auf der

»Unten-Oben-Skala« (1 bis 10) abzulesen ist. Am höchsten ordnen sich erwartungsgemäß leitende und höhere Angestellte und Beamte sowie Selbstständige ein, aber auch diejenigen, die in ihrem zurückliegenden Erwerbsleben eine solche Position ausgeübt haben (Rentner) oder den Aufstieg in eine entsprechende Position für die Zukunft erwarten (noch in Ausbildung). Ganz unten ordnen sich dagegen un- und angelernte Arbeiter sowie Arbeitslose ein. Die Differenz zwischen den sozialen Lagen mit der höchsten und niedrigsten Einstufung beträgt immerhin zwei Skalenpunkte. Während Ostdeutsche sich in der Vergangenheit durchgängig niedriger einstuften als Westdeutsche, lassen sich im Jahr 2014 in der Hälfte der sozialen Lagen keine Ost-West-Unterschiede mehr feststellen.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist das bilanzierende Maß der Bewertung

aller Lebensumstände. Hier wird noch deutlicher als bei der wahrgenommenen sozialen Position in der gesellschaftlichen Hierarchie, dass mit den verschiedenen sozialen Lagen auch ein unterschiedlich hohes Niveau an Lebensqualität verbunden ist. Dabei ist auch hier darauf hinzuweisen, dass die ostdeutsche Bevölkerung immer noch in nahezu allen sozialen Lagen über ein geringeres subjektives Wohlbefinden verfügt.

7.1.2 Klassenlagen

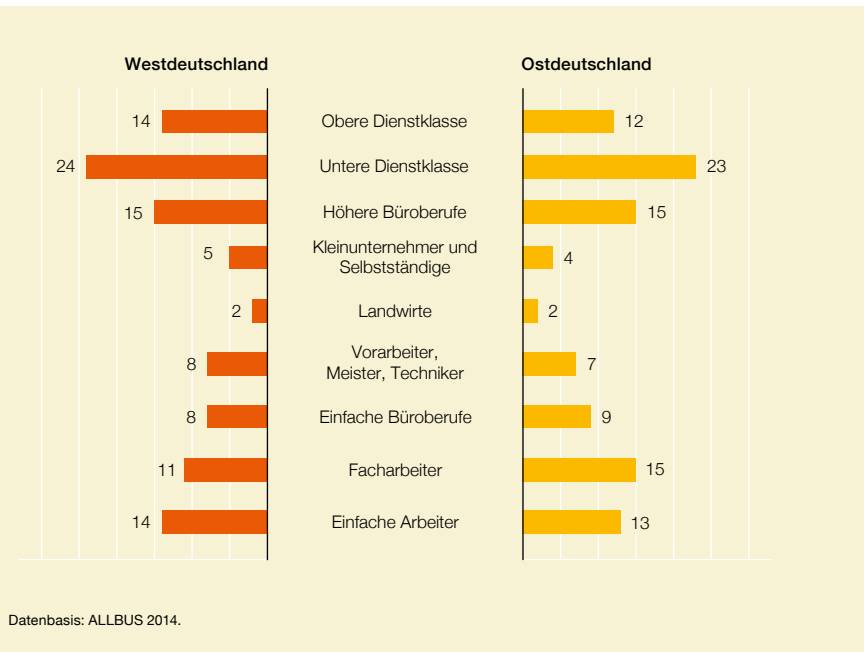
Neben dem Konzept der sozialen Lage wird für sozialstrukturelle Analysen – insbesondere Analysen zur sozialen Mobilität – vielfach das auf Max Weber zurückgehende Konzept der Klassenlage verwendet. Die beiden Konzepte weisen Ähnlichkeiten, aber auch einige Unterschiede auf. Sowohl das Konzept der so-

zialen Lage als auch das der Klassenlage betont die Zentralität des Erwerbssystems und geht davon aus, dass die Position auf dem Arbeitsmarkt und im Beruf die Lebenschancen der Gesellschaftsmitglieder insgesamt und nachhaltig prägt. Die Unterschiede liegen insbesondere da-

rin, dass sich das Konzept der Klassenlage bei der Klassifizierung der Personen allein auf Merkmale der Berufstätigkeit stützt und dazu die eigene aktuelle oder frühere berufliche Stellung, beziehungsweise die des Partners/ der Partnerin heranzieht.

Betrachtet man die Verteilung der Bevölkerung auf die neun unterschiedenen Klassenlagen, dann zeigt sich, dass die Klassenstrukturen in West- und Ostdeutschland mittlerweile (2014) überraschend große Ähnlichkeiten aufweisen. Zu den charakteristischen Unterschieden zählte in der Vergangenheit, dass in Ostdeutschland ein geringerer Anteil der Bevölkerung auf die beiden Dienstklassen sowie die einfachen Büroberufe entfiel, während ein größerer Anteil der Bevölkerung zur Facharbeiterklasse gehörte. Nur letzterer ist in den aktuellen Daten noch deutlich sichtbar. Insgesamt entfällt im Jahr 2014 einschließlich der sogenannten »Arbeiterelite« mit 35 % nur noch ein gutes Drittel der ostdeutschen Bevölkerung auf Arbeiterklassenlagen (Westdeutschland 33 %), darunter 15 % auf die der Facharbeiter. ▶ Abb 2

▶ Abb 2 Klassenlagen in West- und Ostdeutschland 2014 — in Prozent

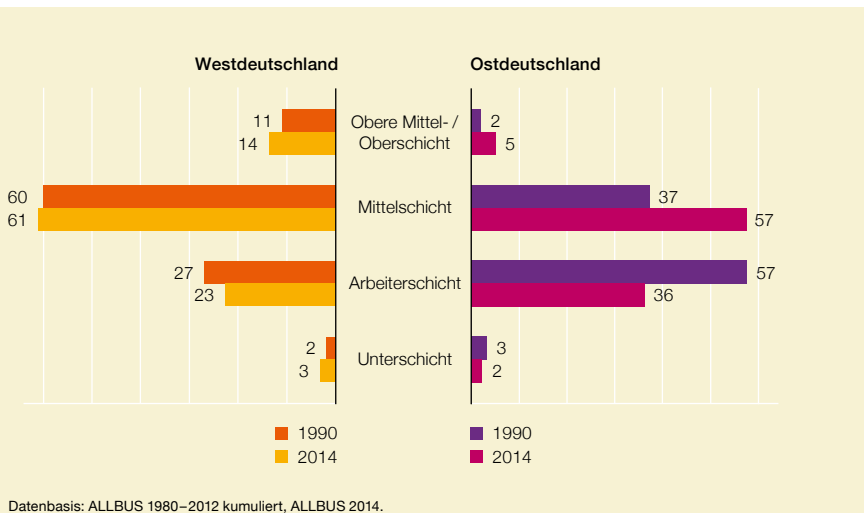


7.1.3 Subjektive Schichtzugehörigkeit

Eine relevante Ergänzung des im Wesentlichen auf objektiven Informationen zur Stellung zum und im Erwerbsleben beruhenden Bildes der Lebenslagen- und Klassenstruktur liefern Informationen über die subjektive Schichteinstufung. Angaben darüber, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten einstufen, bieten vor allem Aufschlüsse darüber, wie verschiedene Bevölkerungsgruppen innerhalb der Gesellschaft ihren eigenen Status im Vergleich zu anderen wahrnehmen und bewerten, welchem sozialen Milieu sie sich zuordnen und aus welcher Perspektive sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können – Fragen, die auch für das Jahr 2014 im Vergleich von Ost- und Westdeutschland von erheblichem Interesse sind.

In Westdeutschland ordnet sich im Jahr 2014 jeder Vierte der erwachsenen Bevölkerung der Unter- oder Arbeiterschicht zu, knapp zwei Drittel der Mittelschicht und jeder Siebte der oberen Mittel- oder Oberschicht. In Ostdeutschland stuft sich 2010 zum ersten Mal die Hälfte der Bevölkerung in die Mittelschicht ein – dieser Anteil nimmt bis 2014 weiter zu

▶ Abb 3 Subjektive Schichtzugehörigkeit 1990 und 2014 — in Prozent



(57%). Ein Drittel identifiziert sich weiterhin mit der Arbeiterschicht und lediglich jeder Zwanzigste mit der oberen Mittel- oder Oberschicht. Der Unterschicht im engeren Sinne zugehörig betrachtet sich in West- wie Ostdeutschland mit 3 beziehungsweise 2% nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung. ▶ Abb 3

Die Unterschiede in der Struktur der sozialen Schichtung, die sich auf der Basis der subjektiven Einstufung der Befragten im Vergleich von West- und Ostdeutschland ergeben, sind damit auch heute noch bemerkenswert, haben sich aber deutlich verringert. Die in den früheren Jahren in Ostdeutschland zu beobachtende pyramidenförmige Schichtstruktur einer Arbeitergesellschaft hat sich allmählich der zwiebelartigen – für Mittelschichtgesellschaften charakteristischen – Verteilung in Westdeutschland angenähert. Die Entwicklungen deuten somit auf einen signifikanten Wandel in der Wahrnehmung der eigenen Position in der hierarchischen Struktur der Gesellschaft hin. ▶ Tab 4

Auch in Westdeutschland hat der Anteil derjenigen, die sich der Arbeiterschicht zugehörig fühlen, in den letzten Jahren abgenommen. Betrachtet man die Entwicklung über den gesamten Zeitraum seit 1980, zeigt sich jedoch, dass die subjektive Schichteinstufung in Westdeutschland über die vergangenen 35 Jahre weitgehend unverändert geblieben, das heißt außer zyklischen Schwankungen kein Trend zu beobachten ist. Aktuelle Thesen über das Entstehen einer »neuen Unterschicht« und ein erhebliches Schrumpfen der Mittelschicht finden zumindest auf der Grundlage der subjektiven Schichtidentifikation keine empirische Bestätigung.

Die subjektive Schichtzugehörigkeit wird nicht nur von objektiven Faktoren bestimmt, sondern hängt darüber hinaus von dem jeweils zugrunde liegenden Bezugsrahmen und den verwendeten Vergleichs- und Bewertungsmaßstäben ab. Dennoch bestimmt der faktische sozioökonomische Status beziehungsweise die soziale Lage maßgeblich die subjektive

▶ Tab 4 Subjektive Schichtzugehörigkeit in Deutschland 1980–2014 – in Prozent

	Unter-schicht	Arbeiter-schicht	Mittel-schicht	Obere Mittel-/Oberschicht
Westdeutschland				
1980	1	30	59	10
1982	1	35	55	10
1984	1	33	55	11
1986	1	27	62	11
1988	2	32	57	10
1990	2	27	60	12
1991	1	24	62	13
1992	2	26	60	12
1994	2	30	57	11
1996	2	31	56	11
1998	2	31	55	11
2000	1	30	59	10
2002	1	24	61	14
2004	2	34	54	10
2006	3	32	56	8
2008	3	30	56	11
2010	3	23	62	13
2012	2	23	63	12
2014	3	23	61	14
Ostdeutschland				
1991	3	57	37	2
1992	3	52	42	3
1994	2	56	39	3
1996	5	55	39	1
1998	7	51	40	2
2000	2	49	45	3
2002	3	40	51	7
2004	4	54	39	3
2006	5	46	46	3
2008	7	44	46	3
2010	4	38	51	6
2012	4	39	53	6
2014	2	36	57	5

Datenbasis: ALLBUS 1980–2012 kumuliert, ALLBUS 2014.

Schichteinstufung. Personen, die eine Arbeiterposition einnehmen oder früher eingenommen haben (Rentner), identifizieren sich – insbesondere in Ostdeutschland – auch subjektiv weit überwiegend mit der Arbeiterschicht. Personen mit einem Angestellten- oder Beamtenstatus so-

wie Selbständige ordnen sich dagegen mit zum Teil überwiegender Mehrheit der Mittelschicht zu. In die obere Mittel- und Oberschicht stufen sich insbesondere leitende und höhere Angestellte und Beamte ein, in Westdeutschland darüber hinaus auch Selbständige. ▶ Tab 5

► Tab 5 Subjektive Schichtzugehörigkeit nach sozialen Lagen 2014 – in Prozent

	Subjektive Schichtzugehörigkeit					
	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Unter-/ Arbeiter- schicht	Mittelschicht	Obere Mittel-/ Oberschicht	Unter-/ Arbeiter- schicht	Mittelschicht	Obere Mittel-/ Oberschicht
Bis 60 Jahre						
Leitende Angestellte/Höhere Beamte	7	51	42	/	/	/
Hochqualifizierte Angestellte/Gehobene Beamte	5	71	24	9	77	14
Qualifizierte Angestellte/Mittlere Beamte	16	72	12	23	74	3
Einfache Angestellte/Beamte	43	54	3	48	52	0
Meister/Vorarbeiter	38	53	9	40	56	4
Facharbeiter	62	37	1	74	25	1
Un-, angelernte Arbeiter	76	24	0	76	24	0
Selbstständige, freie Berufe	10	61	29	19	74	7
Arbeitslose	52	46	2	69	28	3
Hausfrauen/-männer	24	61	15	/	/	/
Studium/Lehre	15	68	17	18	73	9
Vorruhestand	38	46	16	62	38	0
Noch nie/nicht erwerbstätig	49	47	4	/	/	/
Ab 61 Jahre						
Noch erwerbstätig	19	65	16	29	67	4
Rentner (ehemalige Arbeiter)	59	41	1	71	28	1
Rentner (ehemalige Angestellte, Beamte)	10	73	17	23	72	6
Rentner (ehemalige Selbstständige)	9	71	20	35	57	9

/ Fallzahl zu gering.
Datenbasis: ALLBUS 2014.

Ostdeutsche identifizieren sich im Vergleich zu den Westdeutschen auch im Jahr 2014 noch über nahezu alle sozialen Lagen hinweg zu größeren Anteilen mit der Arbeiterschicht und zu geringeren Teilen mit der Mittel- oder gar der Oberschicht. Dieser Befund deutet darauf hin, dass sich die weiterhin bestehenden auf-

fälligen Ost-West-Differenzen in der subjektiven Schichteinstufung nur partiell durch Unterschiede in der Verteilung auf die verschiedenen Statuslagen erklären lassen. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass sich die ostdeutsche Bevölkerung innerhalb des gesamtgesellschaftlichen Schichtungsgefüges deshalb tendenziell

niedriger einstuft, weil sie sich nach wie vor mit der westdeutschen vergleicht und aus dieser Perspektive Statusdefizite wahrnimmt.

7.2 Soziale Mobilität

Reinhard Pollak
WZB

WZB/SOEP

Die Fragen nach Chancengleichheit für soziale Auf- und Abstiege, die Diskussionen um die Abstiegsängste der Mitte der Gesellschaft und die Forderungen nach Perspektiven für soziale Aufstiege für Menschen in prekären Lagen haben in den letzten Jahren eine größere gesellschaftspolitische Bedeutung erhalten. Hintergrund hierfür ist, dass zentrale Bereiche des Lebens wie Einkommen, Gesundheit, Arbeitslosigkeit oder politische Teilhabe in unserer Gesellschaft nicht zufällig verteilt sind. Vielmehr gibt es Gruppen in der Gesellschaft, die sich hinsichtlich solcher Lebensbereiche in eher vorteilhaften beziehungsweise eher benachteiligten Lagen befinden. Zur Beschreibung dieser sozialen Lagen können verschiedene Maße herangezogen werden. Ein international gebräuchliches Maß für die Gliederung von Lebenschancen ist die Klassenlage beziehungsweise Klassenposition einer Person (siehe Kapitel 7.1.2). Die Klassenposition einer Person wirkt sich nicht nur auf die eigene Lebensführung aus. Sie beeinflusst – insbesondere in Deutschland – im hohen Maße die Bildungs- und Berufschancen der eigenen Kinder und damit die spätere Klassenposition dieser Kinder. Eltern mit einer vorteilhaften Klassenposition gelingt es viel häufiger, ihren Kindern durch gute Bildung und durch zusätzliche Unterstützung den Zugang zu vorteilhaften Klassenpositionen zu ermöglichen (siehe Kapitel 3.1.2). Eltern in eher nachteiligen Klassenpositionen können ihren Kindern nicht so viele Ressourcen mit auf den Lebensweg geben. Ihre Kinder nehmen später selbst eher benachteiligte Klassenpositionen ein. Dadurch kommt es zwischen den Generationen nur in begrenztem Umfang zu sozialen Auf- oder Abstiegen.

Die Auf- beziehungsweise Abstiege zwischen den Generationen sind Ausdruck der intergenerationalen sozialen Mobilität in einer Gesellschaft: Soziale Mobilität beschreibt somit das Ausmaß, in dem sich Kindergenerationen in einer anderen Klassenposition befinden als ihre Elterngenera-

tion. Das heißt, soziale Mobilität zeigt an, wie gut es Kindern aus weniger vorteilhaften Klassenpositionen gelingt, für sich selbst vorteilhafte Klassenpositionen zu erreichen beziehungsweise inwieweit Kinder mit vorteilhafter Klassenherkunft später in weniger vorteilhafte Klassenpositionen absteigen. Das Ausmaß an sozialen Auf- und Abstiegen wird oft als Maß für die Chancengleichheiten für Kinder aus verschiedenen Klassen interpretiert. Dabei gibt es mehrere Gründe für soziale Auf- und Abstiege. Neben den Bemühungen um gleiche Startchancen für Kinder aus unterschiedlichen Klassen führen insbesondere strukturelle Veränderungen in der Arbeitswelt über die Zeit hinweg zu unterschiedlichen Mobilitätserfahrungen.

Im Folgenden werden vier Aspekte der sozialen Mobilität in Deutschland näher untersucht: Hatten die Eltern bereits die gleiche Klassenposition, die ihre Kinder heute einnehmen? In welchem Umfang werden Klassenpositionen der Eltern an ihre Kinder weitervererbt? Wie hoch ist das Ausmaß der Auf- und Abstiege in Deutschland? Und was bedeuten diese Auf- und Abstiege für die Chancengleichheit in der deutschen Gesellschaft? Ein besonderes Augenmerk wird hierbei auf die zeitliche Entwicklung der sozialen Mobilität, auf den Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland und auf die Unterschiede zwischen Männern und Frauen gerichtet.

7.2.1 Besetzung von Klassenpositionen nach sozialer Herkunft

Für die nachfolgenden Ergebnisse wurden verschiedene Bevölkerungsumfragen aus den Jahren 1976 bis 2014 zusammengefasst. Die betrachteten Personen waren zum Zeitpunkt der Befragung zwischen 18 und 64 Jahre alt, entweder berufstätig oder arbeitsuchend und hatten aus Vergleichsgründen alle die deutsche Staatsangehörigkeit. Für Ostdeutschland werden Bevölkerungsumfragen ab 1990 berücksichtigt. Als Maß für die soziale Herkunft, das heißt für die Position der Elterngeneration, wird die Klassenposition

des Vaters zu dem Zeitpunkt herangezogen, als die jeweiligen Befragten ungefähr 15 Jahre alt waren. Angaben zur Klassenposition der Mutter wurden insbesondere in älteren Umfragen leider nur lückenhaft oder gar nicht erhoben.

Tabelle 1 beschreibt den Grad der Selbstrekrutierung bestimmter Klassenpositionen, sprich den Anteil der Befragten, deren Väter bereits eine identische Klassenposition innehatten. Dabei werden sieben Klassenpositionen unterschieden: Obere Dienstklasse (zum Beispiel leitende Angestellte, freie Berufe); untere Dienstklasse (zum Beispiel hochqualifizierte Angestellte, gehobene Beamte); einfache Büroberufe (zum Beispiel Sekretärinnen, Buchhalter); Selbstständige bis zu 49 Mitarbeitern (in Handel und Handwerk); Landwirte; Facharbeiter (auch Meister und Techniker) und schließlich die Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten.

Am anschaulichsten kann der Grad der Selbstrekrutierung anhand der Betrachtung der Landwirte (Männer) in Westdeutschland dargestellt werden: Bis zur Jahrtausendwende haben gut 90 % der Landwirte einen Vater, der ebenfalls Landwirt war; fast alle Landwirte kommen folglich aus einer Bauernfamilie. Im neuen Jahrtausend nimmt die Selbstrekrutierung von Landwirten jedoch etwas ab. Bei Arbeiterpositionen findet man ebenfalls eine beachtliche Selbstrekrutierungsquote. Gut die Hälfte der Facharbeiter in Westdeutschland (54 %) haben einen Facharbeiter zum Vater. Dieser Anteil ist in der Tendenz heute eher höher als in früheren Jahrzehnten, die Klasse der heutigen Facharbeiter ist also bezüglich ihrer sozialen Herkunft homogener geworden. Die Gruppe der Selbstständigen ist dagegen deutlich heterogener geworden: Haben die Selbstständigen in den 1970er- und 1980er-Jahren noch Selbstrekrutie-

rungsdaten von circa 36 %, so ist der Anteil im letzten Jahrzehnt auf 21 % gesunken. Bei allen anderen Klassen zeigen sich zwar leichte Schwankungen, ein deutlicher Trend bezüglich der Selbstrekrutierungsdaten ist jedoch für diese Klassen nicht zu beobachten. Für Frauen in Westdeutschland sind hohe Selbstrekrutierungsdaten unter den Landwirtinnen, bei Facharbeiterinnen und in der oberen Dienstklasse zu finden. Während diese Daten für westdeutsche Landwirtinnen und Facharbeiterinnen etwas geringer sind als bei westdeutschen Männern, rekrutieren sich westdeutsche Frauen in der oberen Dienstklasse viel häufiger aus dieser Klasse als westdeutsche Männer, mit steigender Tendenz. Frauen in Selbstständigkeit in Westdeutschland haben in den 2000er-Jahren eher seltener einen selbstständigen Vater. Bei den übrigen Klassenpositionen ergeben sich wenige Veränderungen über die Zeit.

► Tab 1 Selbstrekrutierungsdaten – Anteil von Männern und Frauen, deren Väter bereits eine identische berufliche Position innehatten – in Prozent

	Westdeutschland					Ostdeutschland		
	1976–1980	1981–1990	1991–1999	2000–2009	2010–2014	1991–1999	2000–2009	2010–2014
Männer								
Obere Dienstklasse	28	23	28	24	29	19	30	34
Untere Dienstklasse	18	17	16	16	17	20	20	15
Einfache Büroberufe	12	17	14	15	12	/	/	/
Selbstständige	36	36	24	21	21	17	9	/
Landwirte	91	92	92	79	64	/	/	/
Facharbeiter/Meister	46	48	54	49	54	55	58	61
Ungelernte Arbeiter/Angestellte	38	33	36	39	35	32	32	30
Frauen								
Obere Dienstklasse	31	32	32	36	38	24	31	36
Untere Dienstklasse	18	17	16	15	16	16	19	18
Einfache Büroberufe	13	15	12	13	12	/	7	/
Selbstständige	21	20	23	16	13	20	/	/
Landwirte	76	63	65	62	/	/	/	/
Facharbeiter/Meister	43	43	47	46	/	51	59	53
Ungelernte Arbeiter/Angestellte	27	30	27	30	/	31	21	25

/ Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 1980–2014, SOEP 1986–2011, ZUMA-Standarddemographie 1976–1982, ISJP 1991–2000.

Die Ergebnisse für Ostdeutschland sind aufgrund der Fallzahlen und der besonderen Umbruchsituation in den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung mit Vorsicht zu interpretieren. Es werden daher in den Tabellen nur solche Werte ausgewiesen, die auf belastbaren Fallzahlen basieren. Die meisten Beschäftigten in Ostdeutschland befinden sich in der oberen und unteren Dienstklasse sowie in der Facharbeiterklasse und der Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten. Bei den Männern kann für die obere Dienstklasse eine deutliche Zunahme der Selbstrekrutierungsrate festgestellt werden: Während kurz nach der Wende nur circa 19% der Mitglieder dieser Klasse auch aus einem solchen Elternhaus kommen, sind es im Zeitraum 2000 bis 2009 bereits 30% und im aktuellen Jahrzehnt 34%. Diese Werte sind damit sogar etwas höher als in Westdeutschland. Bei der unteren Dienstklasse hingegen fallen im laufenden Jahrzehnt die Raten von 20% auf 15% etwas ab. Für Selbstständige ergibt sich ähnlich wie in Westdeutschland eine Tendenz zur Abnahme der Selbstrekrutierung. Die Facharbeiterklasse ist in Ostdeutschland sogar noch homogener als in Westdeutschland, und der zunehmende Trend zur gleichen Herkunft in dieser Klasse zeigt sich auch für diesen Teil Deutschlands. Circa 61% der ostdeutschen Facharbeiter haben heute einen Facharbeiter als Vater. Bei ungelerten Arbeitern und Angestellten liegt diese Rate nur halb so hoch und zeigt auch keinen robusten Trend über die Zeit.

Ostdeutsche Frauen in der oberen Dienstklasse haben mittlerweile ähnliche Selbstrekrutierungsraten wie ostdeutsche Männer; sie kommen immer häufiger aus einem Elternhaus, in dem der Vater bereits in der oberen Dienstklasse war. Für die untere Dienstklasse, für die Klasse der Facharbeiterinnen und für die Klasse der ungelerten Arbeiterinnen und Angestellten zeigen sich hingegen keine langfristigen Trends: Bei der unteren Dienstklasse gibt es kaum Veränderungen, bei Facharbeiterinnen scheint sich die Selbstrekrutierung aus der Facharbeiter-

klasse nach einem Anstieg Anfang des Jahrtausends wieder abzuschwächen. Bei Frauen aus der Klasse der ungelerten Arbeiterinnen und Angestellten ist es umgekehrt, die Rate steigt wieder an, nachdem es einen massiven Rückgang im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gegeben hat.

Auffallend ist, dass ostdeutsche Frauen in der Facharbeiterklasse eine deutlich stärkere Selbstrekrutierung aufweisen als westdeutsche Facharbeiterinnen (53 versus 41% im aktuellen Jahrzehnt). Bei den beiden Dienstklassen gibt es keine großen Unterschiede zwischen Ost und West, bei den Klassen der ungelerten Arbeiterinnen und Angestellten weisen die ostdeutschen Frauen eine etwas geringere Selbstrekrutierung auf.

Bei allen genannten Unterschieden im Detail zeigt sich für Ost- und Westdeutschland eine eher hohe Stabilität in den Selbstrekrutierungsraten. Eine wichtige Ausnahme hiervon ist die zunehmende Selbstrekrutierung der oberen Dienstklasse. Das bedeutet, dass die höchsten gesellschaftlichen Positionen in zunehmendem Maße von Personen besetzt werden, deren Eltern bereits diese vorteilhaften Positionen innehatten. Die Gruppe wird homogener, es gibt anteilig weniger Personen, die es mit einem anderen familiären Hintergrund in die vorteilhafteste Klasse schaffen. Bei der Facharbeiter/innenklasse deutet sich ebenfalls eine zunehmende Homogenisierung an. ▶ Tab 1

Auch wenn die Arbeitslosigkeit in Ost und West in den vergangenen Jahren merklich gesunken ist, gibt es anteilig nach wie vor mehr arbeitslose Menschen in Ostdeutschland als in Westdeutschland. Aus welchen Herkunftsklassen kommen die Arbeitslosen und zeigen sich unterschiedliche Muster zwischen Ost und West? Zusätzliche – hier nicht im Einzelnen dargestellte – Analysen zeigen, dass von den heute arbeitslosen Männern und Frauen in Westdeutschland ungefähr zwei Drittel einen Vater aus der Facharbeiterklasse beziehungsweise der Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten haben. In Ostdeutschland entstam-

men sogar vier Fünftel der Arbeitslosen einem solchen Haushalt. Dabei ist der durchschnittliche Anteil an Menschen, deren Vater aus einer der beiden Arbeiterklassen kommt, in beiden Teilen Deutschlands wesentlich geringer (53% in West beziehungsweise 63% in Ost). In beiden Landesteilen rekrutiert sich die Gruppe der arbeitslosen Männer und Frauen damit überproportional stark aus den beiden Arbeiterklassen, in Ostdeutschland ist dies noch etwas stärker ausgeprägt als in Westdeutschland.

7.2.2 Vererbung von Klassenpositionen nach sozialer Herkunft

Tabelle 2 dreht die Sichtweise auf soziale Mobilität beziehungsweise Immobilität um und stellt die Vererbung einer Klassenposition vom Vater auf den Sohn beziehungsweise die Tochter dar. Die Zahlen geben somit an, wie groß der Anteil der Personen ist, deren Väter zum Beispiel eine obere Dienstklassenposition innehaben und die selbst wiederum eine Position in der oberen Dienstklasse erreichen. Aus dieser Perspektive heraus ist nicht mehr die Klassenposition der Befragten die Grundlage für die Berechnung der Prozentwerte, sondern die Klassenposition des Vaters. Deutlich wird dies erneut bei den Landwirten: Wie oben gezeigt, haben die meisten heutigen Landwirte auch einen Landwirt zum Vater. Aber Tabelle 2 zeigt, dass nur circa jeder fünfte Sohn eines Landwirtes in Westdeutschland ebenfalls Landwirt wird. Ähnliche Vererbungsraten findet man in der Klasse der Selbstständigen und etwas stärker in der Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten. Die höchsten Vererbungsraten gibt es in Westdeutschland in der oberen Dienstklasse und in der Klasse der Facharbeiter: Etwa 45% der Väter in der oberen Dienstklasse »vererben« im jüngsten Beobachtungszeitraum ihre vorteilhafte Position an ihren Sohn, von den Facharbeitervätern geben rund 40% ihre Arbeiterposition an ihren Sohn weiter. Die niedrigste Vererbungsrate findet man bei der Klasse der einfachen Büroberufe (circa 13%). Für die meisten

Klassen haben sich die Vererbungsraten in den vergangenen Jahrzehnten für westdeutsche Männer als weitgehend stabil erwiesen. Nur in der Facharbeiterklasse deutet sich nach der Jahrtausendwende eine Entwicklung hin zu abnehmenden Vererbungsraten an.

Die Vererbungsraten von Vätern auf ihre Töchter sind in der Tendenz niedriger als die Vererbungsraten von Vätern auf ihre Söhne. Dies liegt vor allem an geschlechtsspezifischen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt. Frauen und Männer besetzen typischerweise unterschiedliche Berufsfelder (zum Beispiel Ingenieur, Arzthelferin, KFZ-Mechatroniker) und finden sich somit auch in unterschiedlichen Klassenpositionen wieder. Ausnahmen von dem typischen Vererbungsmuster von Vater-Sohn und Vater-Tochter gibt es für westdeutsche Frauen bei der unteren Dienstklasse, bei ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen und vor allem in der Klasse der einfachen Büroberufe. Im Schnitt nehmen etwa 40 % der Töchter eines Vaters aus der Klasse der einfachen Bürotätigkeiten eine Position in dieser Klasse ein. Bei den Söhnen waren es im aktuellen Jahrzehnt nur 13 %. Ähnlich hoch sind die Vererbungsraten für westdeutsche Frauen in der unteren Dienst-

klasse und bei ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen. Knapp zwei Fünftel der Töchter nehmen die gleiche Klassenposition ein wie ihre Väter. Doch während die Werte bei der unteren Dienstklasse und bei den einfachen Bürotätigkeiten über die Zeit schwanken, nehmen die Vererbungsraten bei den ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen von 47 auf 36 % deutlich ab. Genau entgegengesetzt ist der Trend in der oberen Dienstklasse. In den 1970er-Jahren gelingt es nur 15 % der Töchter aus dieser Klasse, ebenfalls eine solche vorteilhafte Position zu erreichen. Bis zur aktuellsten Beobachtung hat sich dieser Anteil mehr als verdoppelt: Knapp ein Drittel der Frauen schafft es heute, diese vorteilhafte Position aus dem Elternhaus zu behaupten.

Die übrigen Klassen der Selbstständigen, Landwirte und Facharbeiter werden in Westdeutschland selten an die Töchter weitergegeben (knapp 10%), und dies verändert sich auch wenig über die Zeit. Die entscheidenden Entwicklungen finden also am oberen und unteren Ende des Klassengefüges statt. Westdeutschen Frauen gelingt es in zunehmendem Maße, ebenso gute Positionen wie ihre Väter einzunehmen. Gleichzeitig gelingt es ihnen häufiger, die weniger vorteilhafte Klasse

der ungelerten Arbeiterinnen und Angestellten zu vermeiden.

Für Ostdeutschland können aufgrund der Fallzahlen für einige Klassenpositionen keine gesicherten Aussagen getroffen werden. Bei den Klassen, für die gesicherte Erkenntnisse vorliegen, fällt auf, dass für ostdeutsche Männer die Vererbungsraten meist etwas geringer sind als für westdeutsche Männer. Insbesondere in der oberen Dienstklasse gelingt es den ostdeutschen Männern seltener, eine ebenso vorteilhafte Position wie die ihrer Väter einzunehmen, circa 34 % der ostdeutschen Männer vermögen in der jüngsten Zeit die oberste Klassenposition zu behaupten, im Westen sind es dagegen 45 %. Die Vererbungsrate in der unteren Dienstklasse ist in Ostdeutschland mit circa 20 % deutlich geringer als die Vererbungsrate in der oberen Dienstklasse. Während die Väter in Ostdeutschland ihre obere Dienstklassenposition über die Zeit hinweg jedoch in zunehmenden Maße an ihre Söhne weitergeben können und sich damit an das Westniveau annähern, pendeln die Vererbungsraten in der unteren Dienstklasse ohne Trend um ein Fünftel.

Deutliche Veränderungen sind in der Facharbeiterklasse und der Klasse der ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen für ostdeutsche Männer zu verzeichnen. Während im ersten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung knapp zwei Drittel der ostdeutschen Facharbeitersöhne ebenfalls eine Position in der Facharbeiterklasse einnahmen, ist dieser Anteil auf 54 % gefallen. Die abnehmende Vererbungsrate bei gleichzeitiger Zunahme der Selbstrekrutierungsrate deutet auf ein deutliches Schrumpfen dieser Klasse in Ostdeutschland hin (siehe auch Kapitel 7.1, Seite 203, Tab 1). Bei den ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen hingegen kommt es zu einem starken Anstieg der Vererbungsraten. Während in den 1990er-Jahren circa 18 % aus der Klasse der ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen mit der gleichen Position vorlieb nehmen müssen, ist dieser Anteil im ersten Jahrzehnt des neuen

40 %

der Facharbeiterväter gaben nach Daten von 2010–2014 ihre berufliche Position an ihren Sohn weiter.



Jahrtausends auf 28 % angestiegen und bleibt seither auf diesem Niveau.

Die Entwicklungen für ostdeutsche Frauen ähneln denen der ostdeutschen Männer in der oberen Dienstklasse. Dort steigen die Vererbungsraten über die Zeit an, von 21 % in den 1990er-Jahren auf 27 % im aktuellen Jahrzehnt. Der Trend gilt für beide Geschlechter, allerdings gelingt es den Männern merklich häufiger, die Positionen ihrer Väter zu übernehmen. Bei der unteren Dienstklasse gibt es – anders als bei Männern – für Frauen einen leichten Trend zu höheren Vererbungsraten, die Vererbungsraten selbst sind bei Frauen deutlich höher als bei Männern in dieser Klasse (42 % gegenüber 20 % im aktuellen Jahrzehnt). Genau umgekehrt verhält es sich für die Klasse der Facharbeiterinnen. Die Vererbungsraten sind bei ostdeutschen Frauen deutlich geringer als bei ostdeutschen Männern (14 % versus 54 % im aktuellen Jahrzehnt), und sie nehmen über die Zeit von 22 % auf 14 % ab. Auffallend ist allerdings, dass die Vererbungsra-

ten für ostdeutsche Frauen doppelt so hoch sind wie für westdeutsche Frauen. Bei der Klasse der ungelernten Arbeiterinnen und Angestellten sinken die Vererbungsraten über die Zeit leicht von 36 % auf 31 %. Ostdeutschen Frauen gelingt es somit ebenfalls, die vorteilhaften Positionen der Dienstklasse zunehmend von ihren Vätern zu übernehmen, während sie eher unvorteilhafte Positionen in den beiden Arbeiterklassen vermeiden können. Die Entwicklung ähnelt der westdeutscher Frauen und hinsichtlich der Vererbung in der oberen Dienstklasse auch jener ostdeutscher Männer. Ostdeutsche Männer verzeichnen allerdings steigende Vererbungsraten an beiden Enden der Klassenverteilung und damit eher einen polarisierenden Trend. ▶ Tab 2

Die Betrachtung von Selbstrekrutierungsraten und Vererbungsraten lässt keine Schlüsse zu, welche Klassenpositionen die Söhne und Töchter einnehmen, wenn sie nicht in die Fußstapfen ihres Vaters getreten sind. Im Folgenden werden daher

nicht einzelne Klassenpositionen betrachtet, sondern es wird ein Gesamtbild der sozialen Mobilität in Deutschland aufgezeigt. Eine solche Gesamtbetrachtung ermöglicht auch eine Aussage darüber, ob diejenigen, die nicht die Klassenposition ihrer Väter übernehmen, eher vorteilhaftere oder weniger vorteilhafte Klassenpositionen erreichen als ihre Väter.

7.2.3 Ausmaß von sozialen Auf- und Abstiegen

Um Auf- und Abstiege zu untersuchen, ist es notwendig, die einzelnen Klassenpositionen in einer Rangfolge anzuordnen. Die vorteilhafteste Klassenlage erfahren diejenigen, die eine Position in der oberen Dienstklasse einnehmen. Etwas weniger gut, aber immer noch mit vielen Vorteilen ausgestattet (zum Beispiel Arbeitsplatzsicherheit, Einkommen, Karriereaussichten), sind Positionen in der unteren Dienstklasse. Am unteren Ende der Klassenhierarchie befinden sich ungelernte Arbeiter- beziehungsweise Angestellten-

▶ Tab 2 Vererbungsraten – Anteil von Männern und Frauen, die die gleiche berufliche Position einnehmen wie ihr Vater, nach sozialer Herkunft 1976–2014 – in Prozent

	Westdeutschland					Ostdeutschland		
	1976–1980	1981–1990	1991–1999	2000–2009	2010–2014	1991–1999	2000–2009	2010–2014
Männer								
Obere Dienstklasse	44	49	46	41	45	26	28	34
Untere Dienstklasse	37	31	31	29	32	19	23	20
Einfache Büroberufe	11	16	13	16	13	/	/	/
Selbstständige	21	26	21	21	19	22	20	/
Landwirte	21	21	25	16	22	/	/	/
Facharbeiter/Meister	49	48	50	41	40	63	53	54
Ungelernte Arbeiter/Angestellte	25	22	24	30	24	18	29	28
Frauen								
Obere Dienstklasse	15	26	28	33	32	21	25	27
Untere Dienstklasse	41	33	38	38	37	37	40	42
Einfache Büroberufe	38	46	38	41	37	/	32	/
Selbstständige	12	11	15	13	9	24	/	/
Landwirte	12	10	9	9	/	/	/	/
Facharbeiter/Meister	9	8	11	8	7	22	17	14
Ungelernte Arbeiter/Angestellte	47	45	38	39	36	36	32	31

/ Fallzahl zu gering.
 Datenbasis: ALLBUS 1980–2014, SOEP 1986–2011, ZUMA-Standarddemographie 1976–1982, ISJP 1991–2000.

positionen. In solchen Positionen sind die Menschen verhältnismäßig schlecht gegen Arbeitsplatzverlust abgesichert, ihre Karrieremöglichkeiten und ihre Einkommen sind eher gering. Die verbleibenden Klassenlagen (einfache Büroberufe, Selbstständige bis zu 49 Mitarbeitern, Landwirte und Facharbeiter) lassen sich nicht in eine eindeutige Rangfolge bringen. Sie werden daher in einer großen – recht heterogenen – Gruppe zusammengefasst, die zwischen der unteren Dienstklasse und den ungelerten Arbeiter- beziehungsweise Angestelltenpositionen angesiedelt wird. Es werden somit insgesamt vier verschiedene Hierarchiestufen unterschieden: obere Dienstklasse, untere Dienstklasse, eine heterogene Gruppe mit mittleren Klassenpositionen und die Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten.

Die oberste Zeile in Tabelle 3 beschreibt das Ausmaß der Gesamtmobilität, sprich wie groß der Anteil der Personen ist, die eine andere Position einnehmen als ihre Väter. Es fällt auf, dass Frauen aufgrund geschlechtsspezifischer Berufspräferenzen und Erwerbsmöglichkeiten im Vergleich zu ihren Vätern generell eine höhere Gesamtmobilität aufweisen als Männer. In Westdeutschland bleiben die Gesamtmobilitätsraten für Männer und Frauen im Zeitvergleich praktisch konstant, knapp zwei Drittel der Männer und etwas über drei Viertel der Frauen haben eine andere Klassenposition als ihre Väter. In Ostdeutschland nehmen gut 60 % der Männer eine andere Klassenposition ein als ihre Väter. Für ostdeutsche Frauen nimmt die Gesamtmobilität etwas zu und gleicht sich dem Ausmaß für westdeutsche Frauen an.

Teilt man die Gesamtrate auf in vertikale Mobilität (Auf- und Abstiege) und in horizontale Mobilität (Mobilität auf der gleichen Hierarchieebene, zum Beispiel von Facharbeitern zu einfachen Büroberufen), so zeigen sich jedoch einige Entwicklungen über die Zeit. Bei den westdeutschen Männern ist der Anteil an vertikaler Mobilität in den letzten knapp 40 Jahren von 51 auf 56 % leicht gestiegen, während die horizontale Mobilität um circa vier Prozentpunkte abgenommen hat. Somit erhöht sich das Verhältnis zwischen diesen beiden Größen dergestalt, dass vertikale Mobilität heute circa fünfmal so häufig vorkommt wie horizontale Mobilität. In Ostdeutschland ist dieses Verhältnis für Männer mit 5,1 zu 1 aktuell ähnlich. Allerdings gibt es hier in den Nullerjahren etwas mehr horizontale

► Tab 3 Gesamtmobilität, vertikale und horizontale Mobilität, Auf- und Abstiegsraten 1976–2014

	Westdeutschland					Ostdeutschland		
	1976–1980	1981–1990	1991–1999	2000–2009	2010–2014	1991–1999	2000–2009	2010–2014
Männer								
Gesamtmobilität (%)	66	66	64	67	67	60	62	61
Gesamtmobilität umfasst:								
vertikale Mobilität (%)	51	50	51	54	56	51	50	51
horizontale Mobilität (%)	15	16	13	13	11	10	12	10
Verhältnis vertikale / horizontale Mobilität	3,3	3,1	4,0	4,0	4,9	5,2	4,1	5,1
vertikale Mobilität umfasst:								
Aufwärtsmobilität (%)	36	35	35	37	38	31	25	26
Abwärtsmobilität (%)	15	15	16	17	18	20	24	24
Verhältnis Aufstiege / Abstiege	2,4	2,4	2,2	2,1	2,2	1,5	1,0	1,1
Frauen								
Gesamtmobilität (%)	77	77	78	77	78	74	77	78
Gesamtmobilität umfasst:								
vertikale Mobilität (%)	59	55	58	58	61	63	59	63
horizontale Mobilität (%)	18	22	19	19	17	11	18	15
Verhältnis vertikale / horizontale Mobilität	3,3	2,5	3,0	3,1	3,6	5,8	3,4	4,1
vertikale Mobilität umfasst:								
Aufwärtsmobilität (%)	26	26	31	31	33	36	30	34
Abwärtsmobilität (%)	33	28	27	27	28	28	29	29
Verhältnis Aufstiege / Abstiege	0,8	0,9	1,2	1,2	1,2	1,3	1,0	1,2

Datenbasis: ALLBUS 1980–2014, SOEP 1986–2011, ZUMA-Standarddemographie 1976–1982, ISJP 1991–2000.

Mobilität. Das Ausmaß an horizontaler Mobilität ist zwischen Ost und West bis auf die Schwankungen kaum unterschiedlich, es gibt in Westdeutschland jedoch etwas mehr vertikale Mobilität für Männer. Die vertikalen und horizontalen Mobilitätsraten bei Frauen unterscheiden sich inzwischen kaum noch zwischen Ost- und Westdeutschland. Bei ostdeutschen Frauen nimmt im neuen Jahrtausend die horizontale Mobilität merklich zu, die vertikale Mobilität schwankt zwischen 63 % und 59 %. In Westdeutschland schwanken die Werte ohne klaren Trend. Das Verhältnis zwischen vertikaler und horizontaler Mobilität liegt für Frauen in beiden Landesteilen bei circa 4 zu 1.

Die jeweils unteren Hälften der Teiltabellen zeigen an, ob es sich bei den vertikalen Bewegungen um Aufstiege oder um Abstiege im Klassengefüge handelt. Der zunehmende Anteil an vertikaler Mobilität für westdeutsche Männer resultiert aus einer leichten Zunahme sowohl der Aufstiege als auch der Abstiege. Dabei gibt es im gesamten Zeitverlauf etwa doppelt so viele Aufstiege wie Abstiege, jedoch ist dieses Verhältnis in den vergangenen knapp 40 Jahren für westdeutsche Männer etwas ungünstiger geworden. Bei westdeutschen Frauen ist ein gegenläufiger Trend zu beobachten. Es gelingt ihnen heute häufiger als früher, eine bessere Klassenposition einzunehmen als ihre Väter. Während in den 1970er-Jahren nur circa ein Viertel der westdeutschen Frauen eine bessere Klassenposition hatten als ihre Väter, hat heute jede dritte Frau eine bessere Klassenposition als ihr Vater. Gleichzeitig sank die Häufigkeit von Abstiegen in den 1980er-Jahren deutlich von 33 auf 28 % und bleibt seitdem konstant. Setzt man die Auf- und Abstiege ins Verhältnis zueinander, so verändert sich dieses Verhältnis von 0,8 auf 1,2. Das heißt, für Frauen waren in den 1970er-Jahren Abstiege im Klassengefüge häufiger als Aufstiege. Dies hat sich über die Zeit jedoch geändert; heute kommen in Westdeutschland Aufstiege für Frauen etwas häufiger vor als Abstiege. Bei dem Ausmaß der

Aufstiege nähern sich die Frauen allmählich den Männern an. Aufgrund der deutlich häufigeren Abstiege bleiben sie gegenüber den Männern jedoch weiterhin benachteiligt.

Für ostdeutsche Frauen gilt ein ähnlicher Befund wie für Westdeutsche. Circa ein Drittel der Frauen hat eine höhere Klassenposition als ihr Vater, knapp 30 % eine geringere Klassenposition. Somit gibt es für ostdeutsche Frauen ebenfalls etwas mehr Aufstiege als Abstiege. Während sich der Anteil der Abstiege über die Zeit kaum verändert, gibt es bei Aufstiegen besonders in den Nullerjahren Schwankungen, die aber keinem klaren Trend folgen.

Für Männer in Ostdeutschland sind die Entwicklungen weniger vorteilhaft. Im neuen Jahrtausend steigen deutlich weniger ostdeutsche Männer auf (nur noch 25 – 26 % statt 31 %), dagegen nimmt der Anteil von Abstiegen merklich zu (von 20 % auf 24 %). Seitdem sind die Raten stabil. Das Verhältnis zwischen Aufstiegen und Abstiegen sinkt in den 1990er-Jahren und ist heute nahezu ausgeglichen. Vergleicht man ostdeutsche Männer mit ostdeutschen Frauen oder westdeutschen Männern, so zeigt sich, dass sie deutlich weniger Aufstiege verzeichnen als andere Gruppen und dass es auch keine Anzeichen für eine Verbesserung ihrer vergleichsweise schlechten Perspektiven gibt. ▶ Tab 3

7.2.4 Chancengleichheit in der Gesellschaft

Die bisher dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf die Mobilitätserfahrungen von Männern und Frauen seit Mitte der 1970er-Jahre in Westdeutschland und seit der Vereinigung in Ostdeutschland. Ein wesentlicher Faktor für die soziale Mobilität in dieser Zeit waren die Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur. Die Anzahl der Facharbeiterpositionen ist in dieser Zeit gesunken, während zusätzliche Positionen vor allem bei einfachen Büroberufen und in der oberen Dienstklasse geschaffen worden sind. Im Vergleich zu den Klassen-

positionen der Väter ist dieser Wandel noch ausgeprägter: Facharbeiterpositionen und Positionen in der Landwirtschaft haben stark abgenommen. Gleichzeitig gibt es zunehmend mehr Positionen in den beiden Dienstklassen und der Klasse der einfachen Büroberufe. Dieser strukturell bedingte Wandel beeinflusst die individuellen Mobilitätsmöglichkeiten. Wenn zum Beispiel Facharbeitersöhne aufgrund der abnehmenden Nachfrage nach Facharbeitern nicht mehr die gleiche Position wie ihre Väter einnehmen können, müssen sie zwangsläufig in andere Positionen ausweichen. Ein Teil der sozialen Mobilität – und damit auch mancher Auf- und Abstieg – beruht somit auf den Veränderungen in der Erwerbsstruktur.

Diese strukturell bedingte soziale Mobilität muss man herausrechnen, wenn man generell eine Aussage über die Chancengleichheit in der Gesellschaft treffen möchte. Daher werden die Auf- und Abstiegschancen einer Person aus einer bestimmten Herkunftsklasse mit den Auf- und Abstiegschancen einer Person aus einer anderen Herkunftsklasse verglichen. Mögliche Fragen lauten: Um wie viel geringer sind die Chancen für Personen aus der Facharbeiterklasse, eine Position in der oberen Dienstklasse zu erreichen, im Vergleich zu Personen, die bereits in der oberen Dienstklasse groß geworden sind? Und inwieweit haben sich diese Chancen über die Zeit verändert? Es ist denkbar, dass sich für beide die Chancen erhöht haben, eine Position in der oberen Dienstklasse zu erreichen, da die Zahl entsprechender Positionen zugenommen hat. Wenn sich dabei die Chancen für Personen aus Facharbeiterfamilien im gleichen Ausmaß erhöhten wie die Chancen der Personen aus der oberen Dienstklasse, dann bliebe die Chancengleichheit beziehungsweise Chancengleichheit zwischen den beiden Herkunftsklassen nach wie vor unverändert.

Abschließend werden daher im Folgenden Chancengleichheiten beziehungsweise Chancengleichheiten zwischen Personen mit unterschiedlicher Klassenherkunft untersucht. Für die 1970er-Jahre

in Westdeutschland zeigt sich, dass Personen aus der oberen Dienstklasse circa 26-mal so große Chancen haben, statt der Facharbeiterklasse die obere Dienstklasse zu erreichen wie Personen aus der Facharbeiterklasse. Diese großen Chancenungleichheiten sind charakteristisch für Deutschland. Im Vergleich mit anderen industrialisierten Ländern weist Deutschland mit die höchsten Chancenungleichheiten auf.

Die folgende Analyse beschreibt die Entwicklung der Chancenungleichheiten in Deutschland in den vergangenen knapp 40 Jahren. Hierzu wurden für sämtliche Kombinationen von Klassenpositionen die oben dargestellten Chancenverhältnisse berechnet und diese in einem Modell zusammengefasst. Die Ergebnisse sind in den Abbildungen 1 und 2 dargestellt.

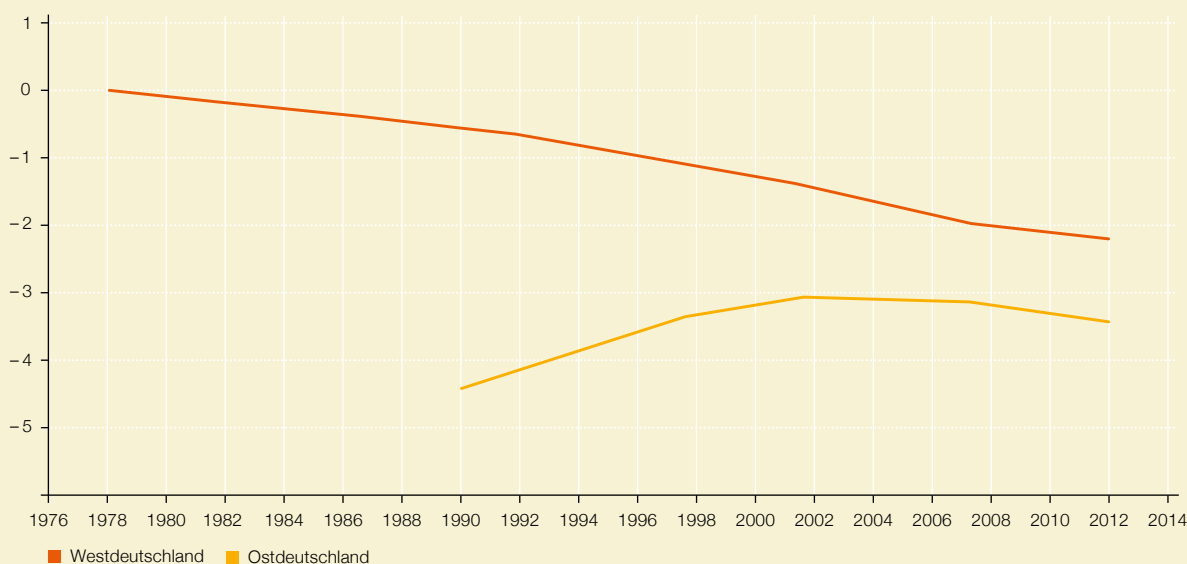
Abbildung 1 zeigt für Männer die Entwicklung der Stärke des Zusammenhangs zwischen der sozialen Herkunft und der eigenen Klassenposition. Die Stärke des Zusammenhangs ist auf der y-Achse dargestellt. Für das erste Jahr der Analyse – 1976

– wurde dieser Zusammenhang auf den Wert »0« als Ausgangsniveau festgesetzt. Die Abweichung zu diesem Wert gibt dann die prozentuale Veränderung zu diesem Ausgangsniveau an, wobei negative Werte bedeuten, dass der Zusammenhang schwächer wird, die Chancengleichheit also steigt. Die dargestellte Linie ist eine über die einzelnen Jahresbeobachtungen hinweg gemittelte Kurve. Die Stärke des Zusammenhangs nimmt für Männer in Westdeutschland im gesamten Zeitraum kontinuierlich ab. Für das aktuelle Jahrzehnt gilt, dass sich der ursprüngliche Zusammenhang zwischen der Herkunftsklasse und der eigenen Klassenposition um circa 21 % verringert hat. Der Einfluss der sozialen Herkunft auf die eigene Klassenposition hat sich somit seit 1976 deutlich abgeschwächt, die Chancengleichheit für Männer in Westdeutschland hat sich also im betreffenden Zeitraum erhöht. Für ostdeutsche Männer ist dagegen eine umgekehrte Entwicklung zu beobachten. Hier hat sich der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und eigener Klassenposition im Zeitverlauf ver-

stärkt, das heißt die Bedeutung der Herkunftsklasse für die eigene spätere Klassenposition hat insbesondere im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends zugenommen. Das Ausmaß der Zunahme des Herkunftseffekts im Osten entspricht ungefähr dem Ausmaß der Abnahme des Effekts im Westen für den gleichen Zeitraum. Trotz des Trends ist der Zusammenhang zwischen Herkunftsklasse und eigener Klassenposition für ostdeutsche Männer jedoch weiterhin schwächer ausgeprägt als für westdeutsche Männer. Inwieweit es bei der Entwicklung in Ostdeutschland zu einer fortwährenden Konsolidierung kommt oder inwieweit sich der Trend gar umkehrt, wird sich erst mit zukünftigen Daten sagen lassen. Für westdeutsche Männer gibt es wenig Anhaltspunkte, dass sich der Trend hin zu mehr Chancengleichheit abschwächt. ▶ Abb 1

Bei den Frauen zeigten sich nach der Vereinigung ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. Auch hier gilt, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und eigener Klas-

▶ Abb 1 Relative Veränderungen des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und eigener Klassenposition für Männer 1976–2014



Datenbasis: ALLBUS 1980–2014, SOEP 1986–2011, ZUMA-Standarddemographie 1976–1982, ISJP 1991–2000.

senposition in Ostdeutschland deutlich schwächer ausgeprägt ist als in Westdeutschland. Und auch hier gibt es gegenläufige Trends. Für westdeutsche Frauen nimmt der Zusammenhang zwischen Herkunft und eigener Position über die Zeit hinweg leicht ab, diese Abnahme ist jedoch weniger stark ausgeprägt als bei westdeutschen Männern. Für ostdeutsche Frauen hingegen verstärkt sich der Zusammenhang merklich bis ins erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends. Diese Befunde ähneln stark den Befunden für ostdeutsche Männer. Es bleibt auch hier offen, ob dieser Trend sich konsolidiert oder gar abschwächt und inwieweit es zu einer weiteren Angleichung der Chancengleichheiten zwischen West und Ost kommt. ▶ Abb 2

7.2.5 Zusammenfassung

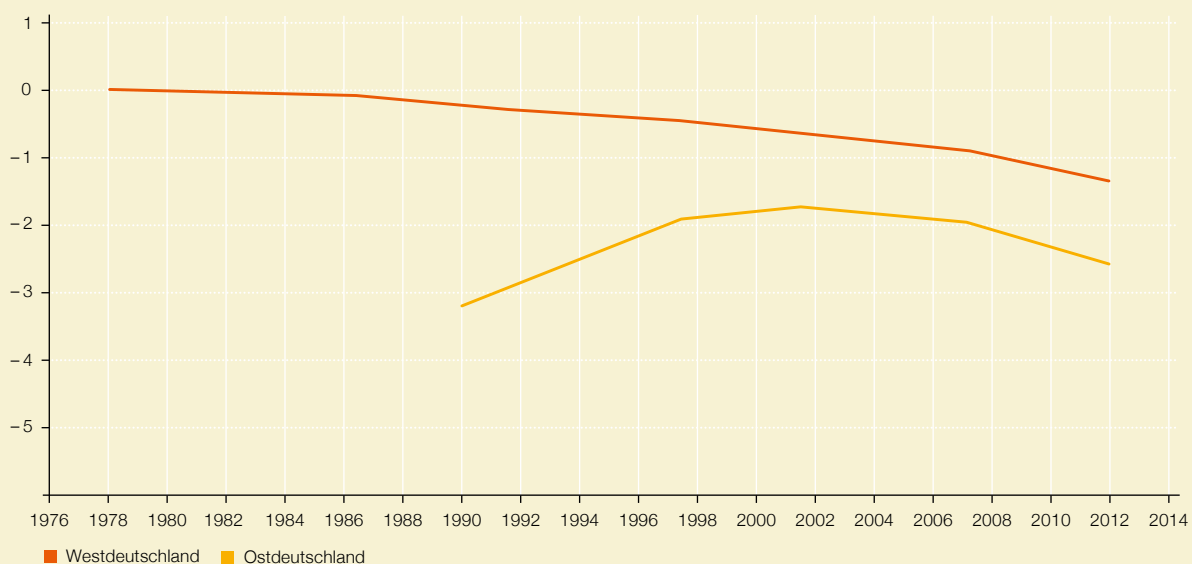
Die Herkunft aus einer bestimmten sozialen Klassenlage hat trotz der Betonung von Chancengleichheit im Bildungswesen und der Hervorhebung des Leistungsgedankens in der Berufswelt nach wie vor

einen starken Einfluss auf die spätere Klassenposition von Männern und Frauen in Deutschland. Viele Personen, die heute eine bestimmte Klassenposition innehaben, kommen aus Familien, in denen bereits der Vater die gleiche Klassenposition hatte. Dies trifft insbesondere für Landwirte und Facharbeiter zu, aber auch in zunehmendem Maße für die obere Dienstklasse. Über die Zeit gab es hier nur wenige Veränderungen, die insbesondere die Facharbeiterpositionen und im Osten die Dienstklassenpositionen betreffen. Bei der Vererbung von Klassenpositionen zeigen sich ebenfalls nur wenige Entwicklungen. Hervorzuheben ist allerdings die günstige Entwicklung für Frauen, die im Vergleich zu ihren Vätern verstärkt vorteilhafte Positionen behaupten und unvorteilhafte Positionen vermeiden können. Ostdeutsche Männer hingegen erfahren eine Polarisierung: sowohl am oberen Ende als auch am unteren Ende der Klassenhierarchie kommt es zu einer Verfestigung des Klassengefüges. Bei der Gesamtbetrachtung von Auf- und Abstiegen zeigt sich für

Männer ein merklicher Trend hin zu mehr Abstiegen. Frauen in Ost und West unterscheiden sich kaum noch bezüglich ihrer Aufstiegs- und Abstiegserfahrungen.

Die Betrachtung der tatsächlichen Chancengleichheit – bereinigt um strukturelle Einflüsse – zeigt für westdeutsche Männer einen klaren kontinuierlichen Trend hin zu einem abnehmenden Einfluss der sozialen Herkunft auf die eigene Klassenposition. Der gleiche Trend fällt für westdeutsche Frauen merklich schwächer aus. Im Osten dagegen nimmt der Einfluss der sozialen Herkunft sehr deutlich zu. Die ehemals deutlich höhere Chancengleichheit für Männer und Frauen hat stark abgenommen, es kommt bei beiden Geschlechtern zu einer Annäherung an das Westniveau. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese gegenläufigen Trends auf einem gemeinsamen Niveau einpendeln werden oder ob sich der Trend in Ostdeutschland umkehren wird.

▶ Abb 2 Relative Veränderungen des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und eigener Klassenposition für Frauen 1976–2014



Datenbasis: ALLBUS 1980–2014, SOEP 1986–2011, ZUMA-Standarddemographie 1976–1982, ISJP 1991–2000.

7.3 Bevölkerung mit Migrations- hintergrund

Gunter Brückner

Destatis

Welche Auswirkungen hat die Einwanderung auf die Bevölkerungsstruktur in Deutschland? Um den Blick auf diese Frage zu richten, verwendet die amtliche Statistik seit 2005 das Konzept der »Bevölkerung mit Migrationshintergrund«. Es umfasst Menschen, die nicht als deutsche Staatsbürger in Deutschland geboren sind, oder bei denen mindestens ein Elternteil nicht als deutscher Staatsbürger in Deutschland geboren ist. Es macht das Prinzip der ausländischen Wurzeln durch eine Kombination von Staatsangehörigkeit und Einwanderung messbar. Damit wird die zuvor verwendete Unterscheidung nach deutscher und ausländischer Bevölkerung stärker differenziert. Dies geschah vor allem aus folgenden Gründen:

- Seit 1950 hat Deutschland insgesamt gut 4,5 Millionen Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler aufgenommen, darunter allein von 1988 bis 1999 mehr als 2,6 Millionen.
- Seit 1950 wurden in Deutschland mehr als 5,2 Millionen Menschen eingebürgert. Im Zeitraum von 1990 bis 2007 erfolgten insgesamt knapp 3,5 Millionen Einbürgerungen; durchschnittlich über 192 000 pro Jahr. Danach schwankte die jährliche Zahl von Einbürgerungen zwischen 95 000 und 112 000.
- Seit 2000 wurden 521 000 sogenannte »Optionskinder« geboren, die über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, obwohl dies bei beiden Elternteilen nicht der Fall ist.
- Im Jahr 2014 hatte in Deutschland jedes dritte der 715 000 Neugeborenen Eltern(teile) mit ausländischen Wurzeln. Das waren 239 000 Babys, von denen nur geschätzt 38 000 ohne deutsche Staatsangehörigkeit geboren wurden.

Die Menschen in diesen vier Gruppen eint, dass sie einen deutschen Pass besitzen und gleichzeitig – wie die ausländische Bevölkerung in Deutschland – Wurzeln im Ausland haben. ▶ [Info 1](#)

Die folgenden Angaben beziehen sich auf die Ergebnisse des Mikrozensus 2014, hochgerechnet auf die Bevölkerung nach

dem Zensus 2011. Für Vergleiche mit 2005 werden die auf die Bevölkerung vor dem Zensus 2011 hochgerechneten Ergebnisse des Mikrozensus 2013 verwendet. ▶ [Info 2](#)

Im Jahr 2014 lebten rund 16,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, das waren 20 % der Gesamtbevölkerung von 80,9 Millionen. Sie setzten sich aus 7,2 Millionen Ausländerinnen und Ausländern und aus 9,2 Millionen Deutschen mit Migrationshintergrund zusammen. Zu diesen wiederum gehörten neben 2,4 Millionen Eingebürgerten und 3,1 Millionen (Spät-) Aussiedlerinnen und -aussiedlern auch deren 1,2 Millionen beziehungsweise 1,1 Millionen Kinder sowie die 1,4 Millionen Kinder mit einem oder zwei ausländischen Elternteilen und deutscher Staatsangehörigkeit. ▶ [Tab 1](#)

Die Personen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich in vielen Merkmalen. Aber auch die Bevölkerung mit Migrationshintergrund selbst ist keine homogene Gruppe. Dies zeigt sich bei den Kennziffern und Anteilen in Tabelle 1 in der Untergliederung nach der Zuwanderer-Generation und der Nationalität deutsch/nichtdeutsch. Diese Unterschiede werden von demografischen und sozioökonomischen Sachverhalten verursacht, auf die später im Einzelnen eingegangen wird.

Die Zuwanderung in Deutschland begann mit der Ankunft der Gastarbeiter in den 1950er- und 1960er-Jahren unter anderem aus Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Portugal und dem ehemaligen Jugoslawien. Noch heute bilden Menschen mit Wurzeln in diesen sogenannten Gastarbeiter-Anwerbeländern die größte Gruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland (5,9 Millionen Menschen oder 36 %). An zweiter Stelle folgen die Spätaussiedlerinnen und -aussiedler sowie ihre Nachkommen mit 4,2 Millionen oder 26 %. Ihre Zuwanderung erfolgte seit 1950, sie fand schwerpunktmäßig jedoch von 1990 bis 2000 statt. Bei der restlichen Zuwanderung unterscheidet man die Her-

► Info 1

Definitionen und Datenquellen

Der **Migrationsstatus** einer Person wird aus ihren persönlichen Merkmalen zu Zuzug, Einbürgerung und Staatsangehörigkeit bestimmt sowie aus den entsprechenden Merkmalen ihrer Eltern. Beim Nachweis des Migrationsstatus wird zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden. Angaben zur **Bevölkerung mit Migrationshintergrund** ermöglicht seit 2005 der Mikrozensus durch einen erweiterten Fragenkatalog. Hierbei handelt es sich um Personen, die

- seit 1950 nach Deutschland zugewandert sind
- oder in Deutschland mit ausländischer Staatsangehörigkeit geboren wurden
- oder mindestens einen Elternteil haben, der seit 1950 nach Deutschland zugewandert ist
- oder mindestens einen Elternteil haben, der in Deutschland mit ausländischer Staatsangehörigkeit geboren wurde.

Dies bedeutet, dass in Deutschland geborene Deutsche einen Migrationshintergrund haben können – sei es als Kinder von zugewanderten Eltern (darunter Spätaussiedler), als Kinder ausländischer Elternpaare (sogenannte ius-soli-Kinder) oder als Kinder eingebürgerter Eltern. Dieser Migrationshintergrund leitet sich dann ausschließlich aus den Eigenschaften der Eltern ab. Die Betroffenen können diesen Migrationshintergrund aber nicht an ihre Nachkommen »vererben«. Bei den Zugewanderten und den in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländern ist dies hingegen der Fall. Nach den heutigen ausländerrechtlichen Vorschriften umfasst diese Definition somit üblicherweise Angehörige der ersten bis dritten Migrantengeneration. Im Text wird unterschieden zwischen der **ersten Generation**, die selbst zugewandert ist, und der **zweiten Generation**, die bereits in Deutschland geboren wurde.

Die **deutsche Staatsangehörigkeit** wird im Regelfall kraft Gesetzes, ohne Antrag oder behördliches Zutun mit der Geburt erworben. Dies gilt für Kinder eines deutschen Elternteils (sogenanntes Abstammungs- oder ius-sanguinis-Prinzip) und für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern, wenn wenigstens ein Elternteil im Zeitpunkt der Geburt des Kindes zum Daueraufenthalt in Deutschland berechtigt ist und sich seit mindestens acht Jahren rechtmäßig im Inland aufhält (sogenanntes Territorial- oder ius-soli-Prinzip).

Seit dem Jahr 2000 erwerben »**ius-soli-Kinder**« – auch **Optionskinder** genannt – mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seit acht Jahren in Deutschland gelebt hat und zum Zeitpunkt der Geburt ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt. Daneben haben sie die ausländische Staatsbürgerschaft ihrer Eltern, also eine doppelte Staatsbürgerschaft. Mit Erreichen der Volljährigkeit mussten sie sich jedoch früher bis zu ihrem 23. Geburtstag für eine Staatsbürgerschaft entscheiden (Optionspflicht). Im Jahr 2014 wurde die Optionspflicht neu geregelt; die Regelungen zum Geburtsort-erwerb selbst bleiben unverändert. Die Optionspflicht entfällt für viele Betroffene.

Die **Ausländerstatistik** basiert auf Auswertungen des Ausländerzentralregisters (AZR), die das Statistische Bundesamt zum 31. Dezember eines Jahres durchführt. Das AZR weist alle in Deutschland registrierten Personen nach, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben und sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Die einzelnen Ausländerbehörden melden diese Daten an das AZR.

Seit dem Jahr 2000 gibt es eine Bundesstatistik über die **Einbürgerungen**, die sich auf eingebürgerte ausländische Personen bezieht. Unberücksichtigt bleibt der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsort (im Inland geborenes Kind ausländischer Eltern). Grundvoraussetzung für eine Einbürgerung ist der legale, auf Dauer angelegte Aufenthalt einer Ausländerin beziehungsweise eines Ausländers gemäß den üblichen ausländerrechtlichen Bestimmungen.

► Info 2

Methodischer Hinweis zur neuen Hochrechnung

Um aus der Stichprobe des Mikrozensus Aussagen über die Gesamtbevölkerung ziehen zu können, müssen die Daten entsprechend hochgerechnet werden. Die Eckzahl der Gesamtbevölkerung und die Größe der deutschen und ausländischen Bevölkerungsteile stammen aus der laufenden Bevölkerungsfortschreibung. Diese schreibt die offizielle Bevölkerungszahl auf Grundlage der letzten Zählungen fort. Bis zum Jahr 2010 waren dies die Volkszählung von 1987 im früheren Bundesgebiet und die Auswertung des zentralen Einwohnerregisters zum 3. Oktober 1990 in der ehemaligen DDR. Seit 2011 ist dies der Zensus 2011. Der Zensus hat gezeigt, dass insgesamt 1,5 Millionen Menschen weniger (darunter 1,1 Millionen Ausländer) in Deutschland leben, als zuvor angenommen worden war.

In den vorhergehenden Mikrozensusserhebungen 2011 bis 2013 waren zusätzlich auch Hochrechnungsfaktoren auf der Grundlage der Volkszählung 1987 und der Einwohnerregisterauswertung 1990 verfügbar. Im Mikrozensus 2014 sind jedoch nur noch die zensusbasierten Hochrechnungsfaktoren enthalten. Dadurch sind Zeitreihen von 2005 bis 2014 methodisch nicht vergleichbar. Zeitreihen werden daher in diesem Kapitel nur für die Jahre 2005 bis 2013 angegeben und basieren auf den oben genannten Grundlagen.

36 %

der Menschen mit Migrationshintergrund stammten 2014 aus den sogenannten Gastarbeiter-Anwerbeländern.



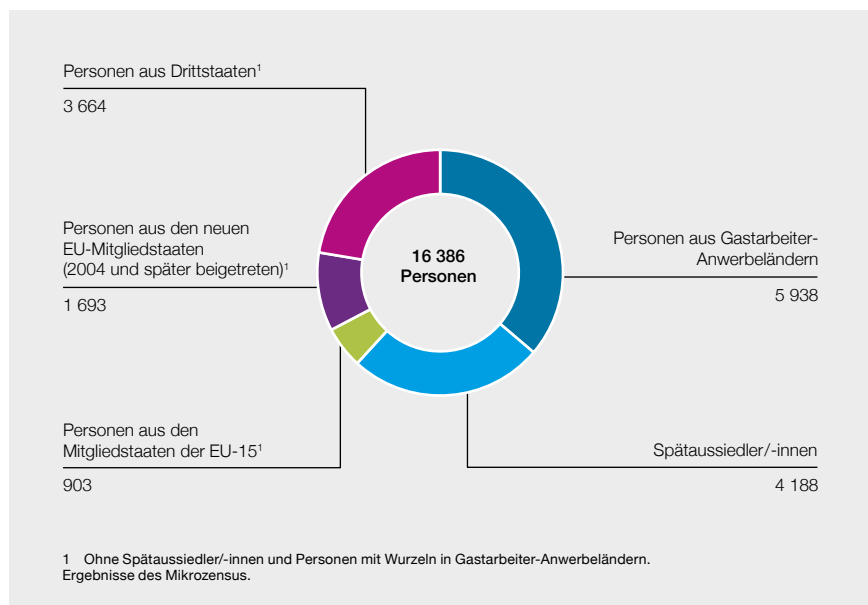
► **Tab 1** Bevölkerung nach Migrationsstatus 2014

	Bevölkerung mit Migrationshintergrund					Bevölkerung ohne Migrationshintergrund
	insgesamt	Ausländer/-innen		Deutsche		
		der 1.	der 2.	der 1.	der 2.	
		Generation				
Anzahl in 1 000	16 386	5 866	1 344	5 011	4 165	64 511
Anteil an der Gesamtbevölkerung in %	20,3	7,3	1,7	6,2	5,1	79,7
Durchschnittsalter in Jahren	35,4	43,0	24,5	48,0	12,9	46,8
Mittlere Aufenthaltsdauer in Jahren	22,4	18,9	X	26,5	X	X
Durchschnittliche Haushaltsgröße in Personen	3,2	2,9	3,7	2,8	4,1	2,5
Anteile der ... in %						
Frauen	49,8	49,8	45,4	52,4	48,3	51,1
unter 15-Jährigen	21,8	5,0	26,8	2,4	67,0	11,0
ab 65-Jährigen	9,7	11,8	1,9	17,2	/	23,8
Ledigen	46,5	27,1	72,5	22,0	94,7	39,1
Verheirateten	44,0	60,6	23,6	63,1	4,6	45,9
in einer Familie Lebenden (als Eltern oder Kind)	65,2	51,9	79,3	50,6	96,8	44,0

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus 2014 auf Basis des Zensus 2011.

► **Abb 1** Bevölkerung nach Migrationsstatus und Herkunftsländern 2014 – in Tausend

kunftslander nach Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) (2,6 Millionen Menschen oder 16%) und den sogenannten Drittstaaten (3,7 Millionen Menschen oder 22%). Zusätzlich wird die Zuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten danach unterschieden, in welchem Jahr der EU-Beitritt erfolgte. Grund dafür ist, dass die

im Jahr 2004 und später der EU beigetretenen 13 neuen EU-Mitgliedstaaten mit zusammen 1,7 Millionen Betroffenen (10%) für die Einwanderung in Deutschland bedeutsamer sind und einer größeren Dynamik unterliegen als die alten Mitgliedstaaten aus der sogenannten EU-15 mit zusammen 0,9 Millionen Men-

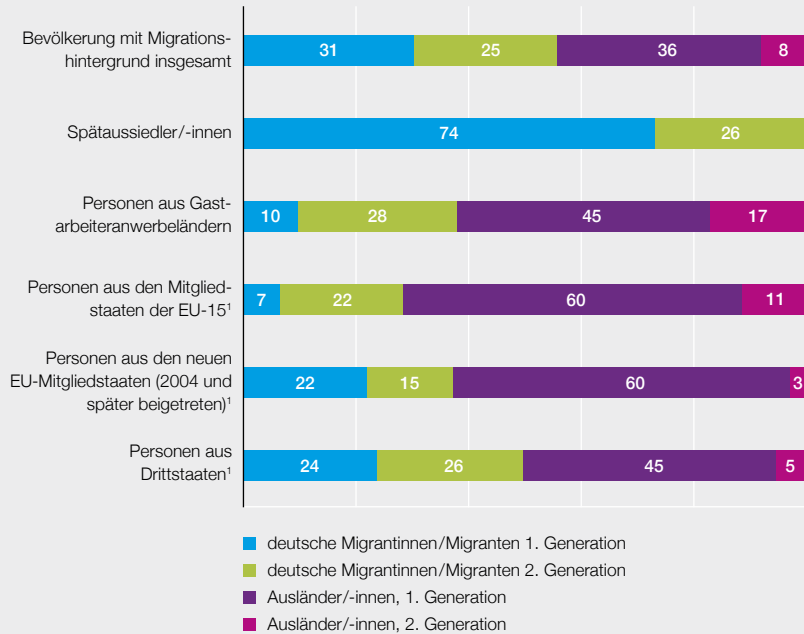
schen (6%), zu denen auch die an anderer Stelle bereits erwähnten vier Gastarbeiter-Anwerbeländer Italien, Spanien, Griechenland und Portugal zählen. Welche Länder wann der EU beigetreten sind siehe Kapitel 15, Abbildung 1, Seite 434. Asylbewerberinnen und -bewerber (auch ehemalige) sowie Bürgerkriegsflüchtlinge finden sich vor allem in der Gruppe der Drittstaaten. ► [Abb 1](#)

Die Zugehörigkeit zu den einzelnen Zuwanderergruppen hat großen Einfluss darauf, ob die Betroffenen einen deutschen Pass besitzen oder nicht und wie viele von ihnen selbst zugewandert sind (erste Generation) oder bereits in Deutschland geboren wurden (zweite Generation). Dies wird anhand der Ergebnisse in Abbildung 2 deutlich. Es besteht aber auch ein enger Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Zuwanderergruppe und einer Reihe wichtiger sozioökonomischer Faktoren. Deshalb nehmen die folgenden Abschnitte häufig Bezug auf die Abbildung 2. ► [Abb 2](#)

7.3.1 Historische Entwicklung in Deutschland

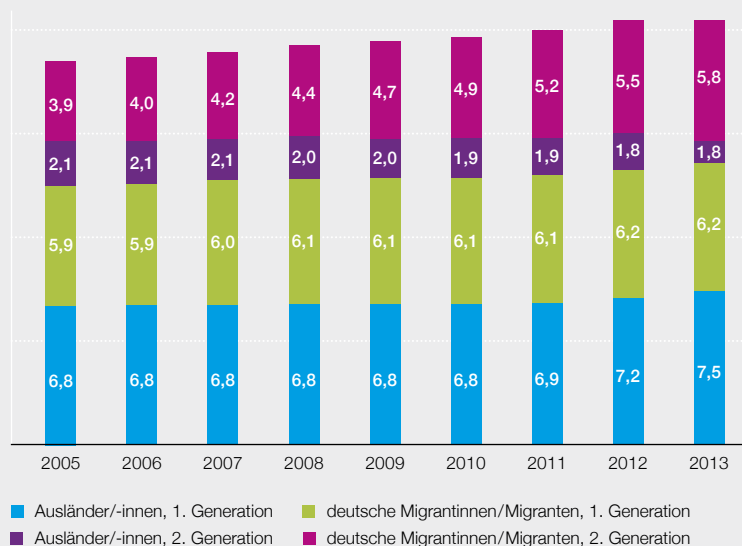
Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland ist von 15,3 Millionen im Jahr 2005 um 1,2 Millionen

► **Abb 2** Bevölkerung nach Migrationsstatus und Zuwanderer-Gruppen 2014 – in Prozent



¹ Ohne Spätaussiedler/-innen und Personen mit Wurzeln in Gastarbeiter-Anwerbeländern. Ergebnisse des Mikrozensus.

► **Abb 3** Entwicklung der Bevölkerung nach Migrationsstatus – in Prozent der Gesamtbevölkerung



Die Daten sind zur besseren Vergleichbarkeit auf die Ergebnisse der Bevölkerungsforschung vor Zensusrevision 2011 hochgerechnet. Ergebnisse des Mikrozensus.

(+ 8 %) auf 16,5 Millionen im Jahr 2013 angestiegen. Die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ist dagegen im gleichen Zeitraum von 67,1 Millionen um 3,0 Millionen (– 5 %) auf 64,1 Millionen zurückgegangen.

Die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund haben sich dabei recht unterschiedlich entwickelt. So blieb die Zahl der zugewanderten Ausländerinnen und Ausländer von 2005 bis 2010 nahezu unverändert. Danach ist sie als Folge der hohen Nettozuwanderung – das heißt mehr Zuzugs – vor allem aus den Staaten der EU-Osterweiterung 2004/2007 und aus den sogenannten Euro-Krisenländern um 10 % angestiegen. ► [Abb 3](#)

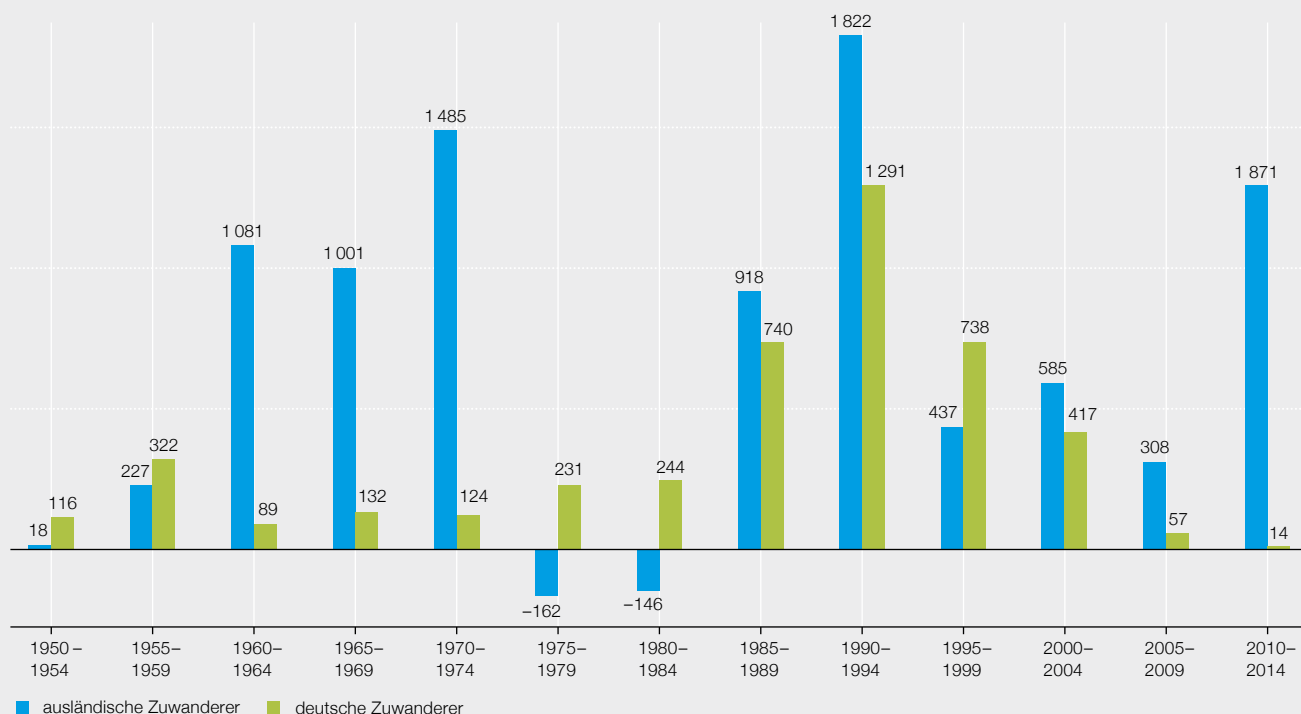
Die Zahl der in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer (sogenannte zweite Generation) hat seit 2005 um 14 % abgenommen. Dies ist zum Teil auf die erfolgten Einbürgerungen zurückzuführen, vor allem aber darauf, dass seit der Änderung des Ausländergesetzes im Jahr 2000 sehr viel weniger Kinder mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren werden als zuvor. Die zugewanderten Deutschen mit Migrationshintergrund haben sich im gesamten Zeitraum zahlenmäßig nur leicht erhöht (+ 4 %), vor allem weil das Potenzial der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in den Herkunftsländern mittlerweile erschöpft ist. Die Zahl der »Deutschen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation« ist dagegen seit 2005 um fast 50 % angestiegen; dies ist die größte strukturelle Veränderung insgesamt.

Das Gros der beschriebenen Veränderungen lässt sich auf die Struktur der Zuwanderung nach Deutschland seit 1950 zurückführen. Sie steht auf zwei Säulen und umfasst zwei recht unterschiedliche Teilgruppen.

Die Zuwanderung von Deutschen

Diese Zuwanderung ist von den sogenannten »Aussiedlern« geprägt. Sie beginnt mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und bezieht sich auf Angehörige deutscher

► Abb 4 Zuwanderung nach Deutschland – in Tausend



Quellen: Ausländische Zuwanderer: Wanderungsstatistik; Deutsche Zuwanderer: BVA-Statistik »Spätaussiedler und ihre Angehörigen«

Minderheiten in mehreren Ländern Mittel- und Osteuropas und teilweise Zentralasiens. Sie sind die Nachkommen von Deutschen, die vor mehreren Jahrhunderten in diese Länder ausgewandert waren und dort über Generationen hinweg ihre Sprache und Kultur beibehalten hatten. Die Bundesrepublik Deutschland hatte seit 1953 mit dem Bundesvertriebenengesetz eine rechtliche Grundlage für die Rückkehr dieser Menschen geschaffen. Von 1950 bis 2014 kamen mehr als 4,5 Millionen deutsche Zuwanderinnen und Zuwanderer als (Spät-)Aussiedler, der Großteil von 1985 bis 2004. Das wichtigste Herkunftsland ist die ehemalige Sowjetunion (darunter vor allem Kasachstan, die Russische Föderation und die Ukraine) mit 52 %, gefolgt von Polen mit 32 % und Rumänien mit 10 %.

Die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern

Diese Zuwanderung zeigt einen gänzlich anderen Verlauf. Von 1950 bis 2014 summierte sich die ausländische Nettozuwanderung, das heißt der Saldo von Zu- und Fortzügen von Ausländerinnen und Ausländern, auf insgesamt 9,4 Millionen Menschen. Rund 3,6 Millionen (38 %) von ihnen kamen zwischen 1960 und 1975, weitere 2,7 Millionen Menschen (29 %) wanderten zwischen 1985 und 1995 zu, und 1,9 Millionen (20 %) immigrierten seit 2010. ► Abb 4

Die ausländische Zuwanderung fand hauptsächlich im früheren Bundesgebiet statt. Hier hatte der 1950 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung zu einem ständig wachsenden Bedarf an Arbeitskräften geführt. Als dieser Bedarf nach

dem Bau der Mauer nicht mehr durch die Aufnahme von Deutschen aus der ehemaligen DDR gedeckt wurde, kam der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine immer größere Bedeutung zu. Von 1961 bis 1975 nahm deren Zahl in der früheren Bundesrepublik von 690 000 (1,2 % der Bevölkerung) auf 3,9 Millionen Menschen (6,3 %) zu. Aufgrund des Anwerbestopps bei den Gastarbeitern ging die Ausländerzahl zwischen 1974 und 1978 vorübergehend zurück. Danach stieg sie bis 1982 als Folge der Familienzusammenführung sowie der verstärkten Einreise von Asylsuchenden auf knapp 4,7 Millionen an. Das Rückkehrhilfegesetz ließ 1983 und 1984 die Ausländerzahl vorübergehend sinken. Aufgrund der hohen Zahl von Asylsuchenden und der Aufnahme von Bürgerkriegs-

► Tab 2 Asylsuchende und Asylberechtigte

	Asylanträge	Asylberechtigte	Anerkennungsquote ¹	Gesamtzuschutzquote ²
			in %	
1991	256 112	11 597	3,9	.
1992	438 191	9 189	4,2	.
1995	127 937	18 100	9,0	.
2000	78 564	3 128	3,0	.
2005	28 914	411	0,9	6,5
2010	41 332	643	1,3	21,6
2011	45 741	652	1,5	22,3
2012	64 539	740	1,2	27,7
2013	109 580	919	1,1	24,9
2014	173 072	2 285	1,8	31,5

¹ Die Anerkennungsquote bezieht sich auf die im jeweiligen Berichtsjahr getroffenen Entscheidungen.

² Die Gesamtzuschutzquote umfasst die Anerkennung als Asylbewerber/-in, die Gewährung von Flüchtlingsschutz und die Feststellung eines Abschiebeverbots.

· Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Einbürgerungen im Jahr 2014 geringfügig zurückgegangen

Im Verlauf des Jahres 2014 wurden 108 420 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert. Das waren 2,0% weniger als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre.

Die Liste der am häufigsten eingebürgerten Staatsangehörigen wird wie in den Vorjahren von türkischen Staatsbürgern angeführt (22 500 Einbürgerungen), gefolgt von Personen aus Polen

(5 900 Fälle), Kroatien (3 900 Fälle) und dem Kosovo (3 500 Fälle).

Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial – also das Verhältnis von erfolgten Einbürgerungen zur Zahl jener Ausländerinnen und Ausländer, die seit mindestens zehn Jahren in Deutschland leben und damit alle Voraussetzungen erfüllen – betrug im Jahr 2014 durchschnittlich 2,2%.

flüchtlingen aus Bosnien und Herzegowina stieg sie anschließend bis Ende 1999 wieder an – auf 7,3 Millionen beziehungsweise 8,9% der Bevölkerung.

Die meisten ausländischen Staatsangehörigen suchten Arbeit, deshalb kamen überwiegend Männer im erwerbsfähigen Alter nach Deutschland. Der Anteil der Ausländerinnen nahm nur langsam zu – von 31% im Jahr 1961 auf rund 47% im Jahr 2000, und zwar hauptsächlich als Folge von Familienzusammenführungen.

Auch in den neuen Ländern lebten und arbeiteten ausländische Staatsangehörige, vor allem aus sogenannten sozia-

listischen Bruderländern (beispielsweise Vietnam, Kuba, Angola oder Mosambik). Allerdings gab es dort keine nach Art und Umfang mit dem früheren Bundesgebiet vergleichbare Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zur Zeit der Maueröffnung Ende 1989 lebten in der ehemaligen DDR rund 191 200 Ausländerinnen und Ausländer (1,2% der Bevölkerung). Bis Ende 1991 verringerte sich die Zahl weiter – vor allem weil Arbeitsverträge oder Arbeitskräftevereinbarungen ausliefen und die Betroffenen in ihre Heimat zurückkehrten. Von 1992 bis 2003 stieg die Zahl der

Ausländerinnen und Ausländer in den neuen Ländern ohne Berlin Jahr für Jahr leicht an – überwiegend als Folge der zentralen Verteilung von Asylsuchenden. Danach blieb die Zahl weitgehend unverändert. Im Jahr 2014 hatte die ausländische Bevölkerung mit 302 000 Personen einen Anteil von 2,4% an der dortigen Bevölkerung – gegenüber 13,7% in Berlin und 9,9% im früheren Bundesgebiet ohne Berlin.

Die Asylsuchenden als Teilgruppe der ausländischen Bevölkerung in Deutschland stehen aktuell im Zentrum der öffentlichen Diskussion, so wie häufig in Jahren mit hohen Zuzugzahlen. Ihren bisher höchsten Stand mit rund 438 200 erreichte die Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Deutschland 1992. Danach ging sie kontinuierlich bis auf 19 000 Asylanträge im Jahr 2007 zurück, vor allem weil seit 1997 Asylsuchende innerhalb der Europäischen Union im Rahmen der sogenannten Dublin-Verordnung auf alle Mitgliedstaaten der EU verteilt werden. Seit 2008 kamen wieder mehr Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach Deutschland; im Jahr 2014 wurden 173 100 neue Asylanträge gestellt, das Jahr 2015 stellt mit 441 900 Anträgen sogar einen neuen Rekord dar.

Die Anerkennungsquote sank mit Unterbrechungen im Zeitverlauf von 29% im Jahr 1985 auf 1% im Jahr 2005 und verharrt seither auf diesem Niveau. Durch Flüchtlingsschutz nach dem Asylverfahrensgesetz und durch Feststellung eines Abschiebeverbots waren aber Antragstellende zusätzlich abgesichert, sodass 2014 die Gesamtzuschutzquote bei 32% lag.

Ausführliche Angaben zu diesem Thema enthält das Kapitel 8.1, Seite 245. ► Tab 2

7.3.2 Regionale Verteilung und Herkunftsländer

Aus geografischer Perspektive ist Migration vor allem ein Phänomen, das die alten Bundesländer betrifft. Westdeutsche Großstädte und alte industrielle Zentren weisen historisch bedingt höhere Anteile an Migranten auf. Hier war der Bedarf an Gastarbeitern infolge des Wirtschaftsauf-

Übrigens...

lebten laut Ausländerzentralregister (AZR) zum 31. Dezember 2014 Personen aus 199 verschiedenen Staaten in Deutschland. Die meisten kamen aus der Türkei (1,5 Millionen), aus Polen (0,7 Millionen) und aus Italien (0,6 Millionen). Mit jeweils einer Person waren die Marshallinseln, Mikronesien und Timor-Leste mit den wenigsten Staatsangehörigen und Nauru als einziger Staat ohne einen Staatsbürger im AZR vertreten.

Die meisten Nationalitäten lebten in Berlin (191), gefolgt von München (187), Hamburg (184) und Frankfurt (180); die wenigsten gab es in den Kreisen Hildburghausen (65) und Sonneberg (67) – beide in Thüringen.

schwungs seit den 1950er-Jahren besonders groß. Dieses räumliche Verteilungsmuster besteht bis heute, wie ein Vergleich der Länder zeigt. Im Jahr 2014 war der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund am höchsten in den Stadtstaaten Bremen (29%), Hamburg (28%) und Berlin (26%) sowie in den Flächenländern Hessen (28%), Baden-Württemberg (27%) und Nordrhein-Westfalen (25%). In den neuen Ländern (ohne Berlin) lag der Migrantenanteil hingegen nur bei 5%. Innerhalb der Flächenländer gibt es aber erhebliche regionale Unterschiede. Dies zeigte sich schon 2013 an den ausge-

► **Tab 3 Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in regionaler Gliederung 2013**

	Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	Veränderung des Anteils gegenüber 2005
	in %	in Prozentpunkten
Baden-Württemberg	27,9	+2,8
↳ Regierungsbezirk Tübingen	23,1	+0,9
↳ Regierungsbezirk Stuttgart	31,1	+2,8
Bayern	20,6	+1,7
↳ Regierungsbezirk Oberfranken	12,8	+0,1
↳ Regierungsbezirk Oberbayern	25,4	+2,2
Berlin	26,6	+3,1
Bremen	28,5	+3,7
Hamburg	28,9	+2,1
Hessen	27,8	+4,4
↳ Regierungsbezirk Kassel	19,3	+3,0
↳ Regierungsbezirk Darmstadt	32,0	+5,2
Niedersachsen	17,9	+1,9
↳ ehemaliger Regierungsbezirk Lüneburg	13,7	+0,3
↳ ehemaliger Regierungsbezirk Hannover	20,8	+2,8
Nordrhein-Westfalen	25,2	+1,6
↳ Regierungsbezirk Münster	19,6	+1,6
↳ Regierungsbezirk Düsseldorf	27,0	+2,0
Rheinland-Pfalz	20,6	+3,1
↳ ehemaliger Regierungsbezirk Trier	16,4	+5,3
↳ ehemaliger Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz	22,2	+2,5
Saarland	17,3	-1,0
Schleswig-Holstein	12,5	-0,0
Neue Länder ohne Berlin	4,6	-0,2

Ergebnisse der Mikrozensus 2005 und 2013.

wiesenen höchsten und niedrigsten Werten für die Regierungsbezirke, vor allem in Bayern und Hessen. ► [Tab 3](#)

Seit 2005 hat sich die geografische Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich geändert. Den größten Anstieg auf Länderebene gab es in Hessen (+4,4 Prozentpunkte), gefolgt von Bremen (+3,7 Prozentpunkte), Berlin und Rheinland-Pfalz (jeweils +3,1 Prozentpunkte). Der höchste regionale Anstieg wurde in Rheinland-Pfalz in der Region Trier registriert (+5,3 Prozentpunkte), gefolgt vom Regierungsbezirk Darmstadt in Hessen (+5,2 Prozentpunkte). In den neu-

en Ländern ohne Berlin ging der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zwischen 2005 und 2013 dagegen um 0,2 Prozentpunkte zurück und im Saarland sogar um 1,0 Prozentpunkte.

Für die Zuwanderung nach Deutschland ist Europa von herausragender Bedeutung: Im Jahr 2014 stammten 69% der 10,9 Millionen Zugewanderten aus europäischen Ländern. Rund 37% kamen aus den Ländern der Europäischen Union; hier lag Polen mit 1,3 Millionen Menschen (12%) vorne. Weitere 15% kamen aus EU-Beitrittskandidatenländern, darunter 1,4 Millionen Menschen (13%) allein

aus der Türkei. Die verbleibenden 17 % stammten aus den übrigen europäischen Ländern, vor allem aus der Russischen Föderation (933 000 Menschen beziehungsweise 9 %). ▶ [Abb 5](#)

Jeweils 2,9 Millionen der 16,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (Zugewanderte und ihre hier geborenen Kinder) hatten ihre Wurzeln in der Türkei oder in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, 1,6 Millionen in Polen und 1,5 Millionen in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Aus den Gastarbeiter-Anwerbeländern (ohne das ehemalige Jugoslawien und die Türkei) kamen zusammen 1,7 Millionen der Menschen mit Migrationshintergrund, die meisten aus Italien (764 000 Personen) und Griechenland (394 000 Personen), die wenigsten aus Tunesien (49 000 Personen).

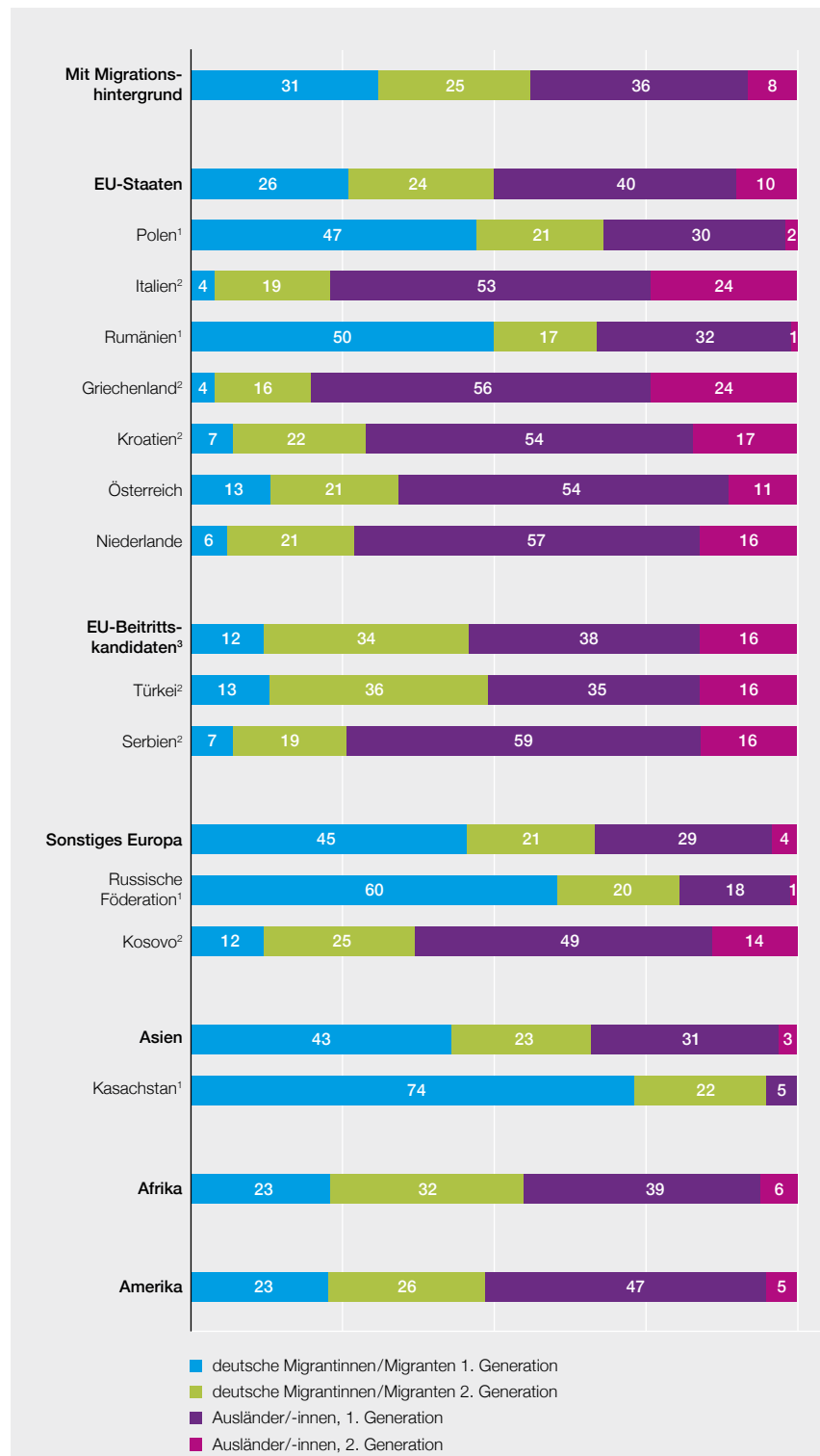
Die meisten der 4,2 Millionen Menschen mit (Spät-)Aussiedler-Wurzeln kamen aus Polen (771 000 Personen), aus der Russischen Föderation (721 000 Personen), aus Kasachstan (731 000 Personen) und aus Rumänien (265 000 Personen). Das Herkunftsland hat einen großen Einfluss auf den Migrationsstatus, vor allem auf die Unterscheidung nach deutschen und ausländischen Personen. Das zeigt sich insbesondere, wenn man die Gastarbeiter-Anwerbeländer den Spätaussiedler-Herkunftsländern gegenüberstellt.

7.3.3 Alters- und Geschlechtsstruktur

Menschen mit Migrationshintergrund waren 2014 im Durchschnitt 35,4 Jahre alt und damit deutlich jünger als jene ohne Migrationshintergrund (46,8 Jahre, siehe Tabelle 1). Die Alterspyramide zeigt, dass bei Zuwanderern der ersten Generation die Gruppe der 30- bis 55-Jährigen und bei denen der zweiten Generation die unter 15-Jährigen mit jeweils 200 000 Personen je Geburtsjahr besonders stark vertreten sind. Sie stellen damit 51 % beziehungsweise 56 % aller Angehörigen der ersten beziehungsweise zweiten Generation. ▶ [Abb 6](#)

Das niedrigere Durchschnittsalter der Migrantinnen und Migranten beein-

▶ **Abb 5** Bevölkerung nach Migrationsstatus und Herkunftsländern 2014
– Anteil in Prozent

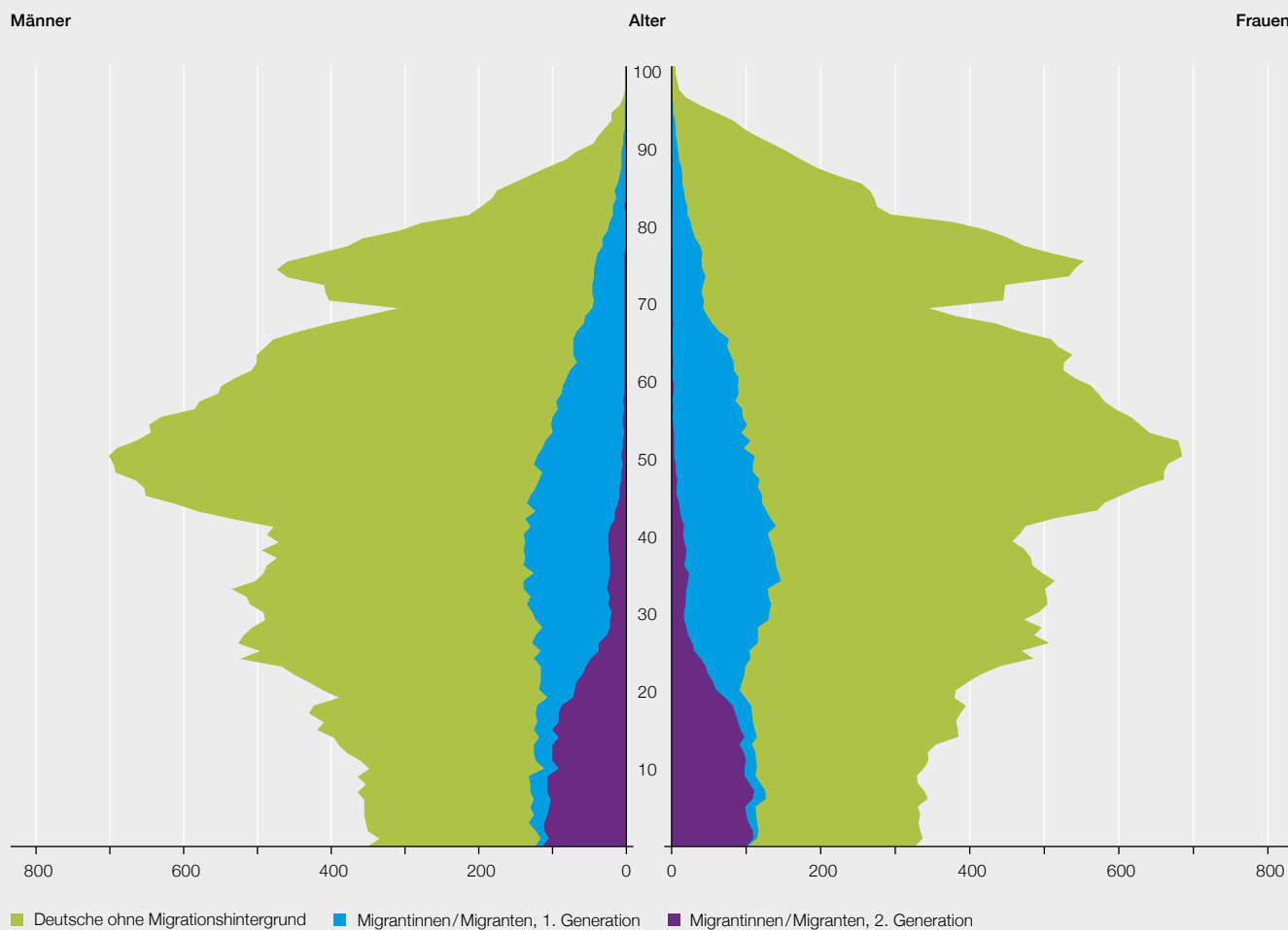


1 Herkunftsland von Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern.

2 Gastarbeiter-Anwerbeland.

3 Albanien, Island, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Türkei. Ergebnisse des Mikrozensus.

► Abb 6 Altersaufbau der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund 2014
– in Tausend je Altersjahr



Ergebnisse des Mikrozensus.

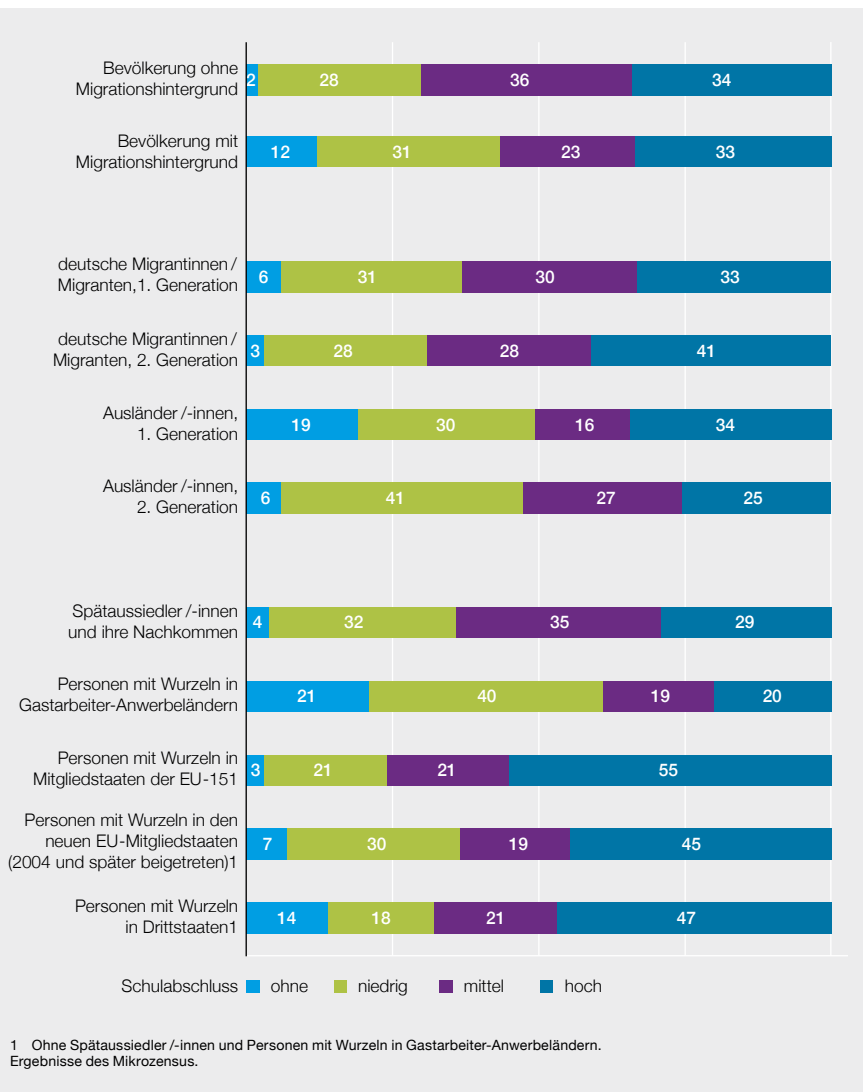
flusst viele soziodemografische Eigenschaften dieser Bevölkerungsgruppe: Es gibt mehr Ledige, mehr Menschen in schulischer oder beruflicher Ausbildung und weniger Rentnerinnen und Rentner. Dies muss bei der Interpretation von Statistiken angemessen berücksichtigt werden. Auch der höhere Männeranteil in der ausländischen Bevölkerung, vor allem der zweiten Generation (54,6 % gegenüber 48,9 % bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, siehe Tabelle 1) resul-

tiert zumindest teilweise aus dem niedrigeren Durchschnittsalter und dem generellen Männerüberschuss jüngerer Altersgruppen. Noch bedeutender ist die überproportionale Zuwanderung von ledigen Männern im erwerbsfähigen Alter. Insgesamt gibt es große Unterschiede im Geschlechterverhältnis nach Herkunftsländern. Am höchsten war 2014 der Männeranteil bei Staatsbürgern aus Algerien und Eritrea mit je 75 %, aus Somalia und Ägypten mit je 69 % sowie aus Tunesien

und Pakistan mit jeweils 67 %, am niedrigsten bei Personen aus Thailand (13 %), den Philippinen (17 %) sowie aus Weißrussland (28 %), Finnland (31 %) und Brasilien (33 %).

Die ausländische Bevölkerung unterscheidet sich bei vielen sozioökonomischen Merkmalen von der deutschen Bevölkerung – mit und ohne Migrationshintergrund. Sie ist häufiger sozialen Risiken ausgesetzt, wie fehlender schulischer oder beruflicher Qualifikation, Arbeitslosigkeit,

► **Abb 7** Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren nach Migrationsstatus und höchstem Schulabschluss 2014 – Anteil in Prozent



Erwerbstätigkeit in prestigearmen Berufen sowie niedrigen Einkommen und einem erhöhten Armutsrisiko. So waren Ausländerinnen und Ausländer viermal so oft von all diesen Risiken betroffen wie Deutsche ohne Migrationshintergrund, Deutsche mit Migrationshintergrund etwa doppelt so häufig. Die Unterschiede zwischen ausländischer Bevölkerung einerseits und deutscher Bevölkerung mit Migrationshintergrund andererseits sind demnach größer als die zwischen der Be-

völkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Abweichungen beim Durchschnittsalter oder Geschlechterverhältnis alleine können diese Unterschiede jedoch nicht erklären.

7.3.4 Bildungsbeteiligung, schulische und berufliche Qualifikation

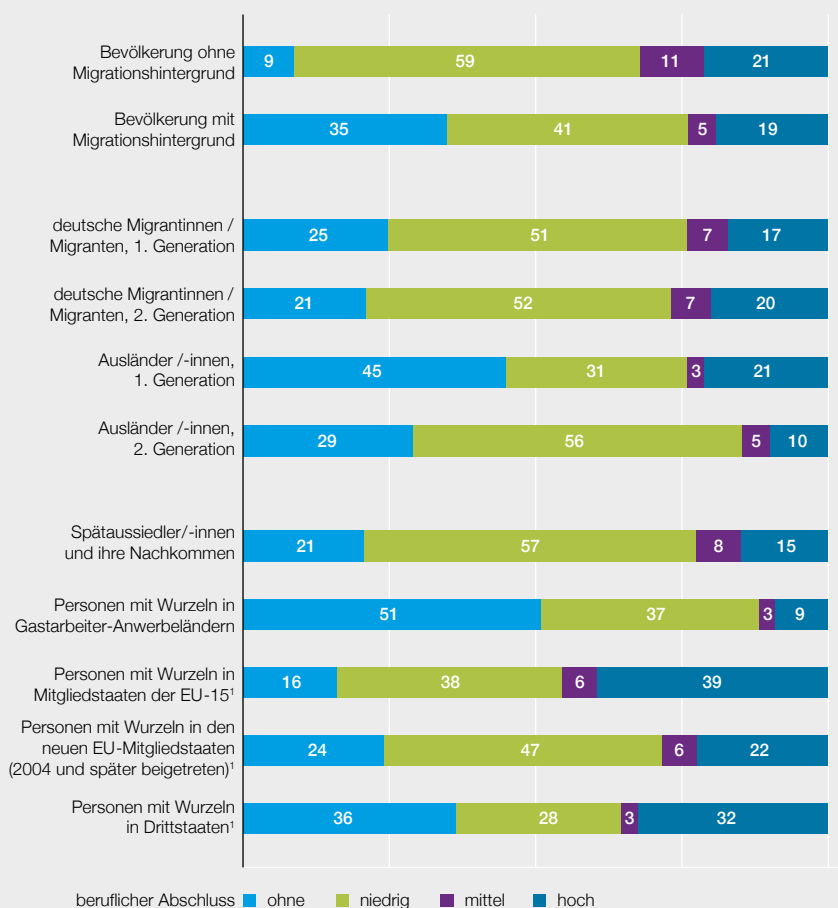
Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich deutlich in ihrer Bildungsbeteiligung und hinsichtlich ihrer schulischen und beruflichen

Qualifikation. Dies beeinflusst ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt und damit ihre Fähigkeit, Erwerbseinkommen zu erzielen. Ebenso wirken sich die Unterschiede auf die Höhe des Erwerbseinkommens und das Risiko einer Armutgefährdung aus. Im Folgenden wird untersucht, inwieweit der Grad der Bildungsbeteiligung zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund als Folge abweichender Bildungsqualifikationen auftreten oder davon abhängen, ob Migranten ihren Bildungsabschluss im Inland oder im Ausland erworben haben. ► [Abb 7](#)

Menschen mit Migrationshintergrund verfügten 2014 generell seltener über mittlere Bildungsabschlüsse. Häufiger als bei Menschen ohne Migrationshintergrund fehlten bei ihnen Schul- oder berufsqualifizierende Abschlüsse (Bildungsstatus siehe Kapitel 2.1, Seite 45, Info 2). Allerdings relativieren sich diese Aussagen, wenn man die verschiedenen Migrantengruppen gesondert betrachtet. ► [Abb 8](#)

So waren Ausländerinnen und Ausländer 2014 schlechter qualifiziert als Deutsche mit Migrationshintergrund. Dies galt auch für Migranten der ersten Generation im Vergleich zu denen der zweiten Generation. Außerdem unterschieden sich die Menschen, deren Migrationshintergrund in den Gastarbeiter-Anwerbeländern lag, deutlich von jenen, die ihre Wurzeln in den sonstigen Mitgliedstaaten der EU hatten, oder von Spätaussiedlern und deren Nachkommen. Ein Unterschied zwischen Menschen mit Migrationshintergrund aus Gastarbeiter-Anwerbeländern und solchen aus Drittstaaten existiert auch, er ist aber weniger stark ausgeprägt. Bei Migrantinnen und Migranten nimmt die Qualifikation mit dem Zuzugsjahr zu: Je später die Zuwanderung erfolgte, umso größer ist der Anteil derjenigen mit Abitur und Hochschulabschluss. Unter den nach 2000 Zugewanderten ist dieser Anteil signifikant höher als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund der gleichen Altersgruppe. Dies

► **Abb 8** Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren nach Migrationsstatus und höchstem berufsqualifizierenden Abschluss 2014 – Anteil in Prozent



¹ Ohne Spätaussiedler/-innen und Personen mit Wurzeln in Gastarbeiter-Anwerbeländern. Ergebnisse des Mikrozensus.

lässt sich zwar teilweise durch deren im Vergleich um sieben Jahre beziehungsweise um elf Jahre niedrigeres Durchschnittsalter erklären, aber es spiegelt auch wider, dass Deutschland seit dem Jahr 2000 ein attraktives Zielland für hochqualifizierte Zuwanderinnen und Zuwanderer geworden ist. ► [Tab 4](#)

Bei den 25- bis 34-jährigen Menschen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation, die in aller Regel ausschließ-

lich das deutsche Bildungssystem durchlaufen haben, ist von 2005 bis 2013 die (Fach-)Abiturientenquote von 33 % auf 40 % angestiegen und der Anteil der (Fach-)Hochschulabsolventinnen und -absolventen von 11 % auf 17 %. Gleichzeitig ist der Anteil jener zurückgegangen, die keinen Schul- oder keinen berufsqualifizierenden Abschluss besitzen (von 4 % auf 3 % beziehungsweise von 26 % auf 23 %).

Da aber im gleichen Zeitraum die schulische und berufliche Qualifikation der gesamten Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 34 Jahren angestiegen ist, konnte sich die sogenannte Bildungsschere nicht schließen. Im Gegenteil: Bei Menschen der zweiten Migrantengeneration ist der Anteil der hohen Schulabschlüsse um 6 Prozentpunkte gestiegen, in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund um 7 Prozentpunkte und in der gesamten Bevölkerung mit Migrationshintergrund sogar um 10 Prozentpunkte. Auch bei der Hochschulabsolventenquote liegt der Anstieg bei den Migranten der zweiten Generation im Alter zwischen 25 und 34 Jahren (+ 5 Prozentpunkte) unter den entsprechenden Vergleichswerten der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (+ 7 Prozentpunkte) und mit Migrationshintergrund insgesamt (+ 8 Prozentpunkte).

Die derzeitige Bildungsbeteiligung stimmt jedoch vorsichtig optimistisch: Rund 37 % der 16- bis 19-jährigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund besuchten 2014 eine Schulform, die zu einem hohen Schulabschluss (Abitur beziehungsweise Fachabitur) führt, bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund waren es 40 %.

Ob die berufliche Qualifikation im Inland oder im Ausland erworben wurde, wirkt sich bei Zugewanderten auf dem Arbeitsmarkt und beim Einkommen unterschiedlich aus. Die Bundesregierung hat daher Anstrengungen unternommen, um die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zu erleichtern. Im Jahr 2014 gaben 2,7 Millionen oder 55 % der Zugewanderten im Alter von 25 bis 64 Jahren an, ihren beruflichen Abschluss im Ausland erworben zu haben, und zwar umso häufiger, je höher die berufliche Qualifikation war. Bei den älteren Zugewanderten ist der Anteil der im Ausland erworbenen Abschlüsse noch ungleich größer als bei den jüngeren. Sofern weitere Fortschritte bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erzielt werden, könnte die Bedeutung der ausländischen Abschlüsse in Zukunft abnehmen. ► [Tab 5](#)

► Tab 4 Qualifikation von Zugewanderten im Alter von 25 bis 64 Jahren nach Zuzugsjahr im Jahr 2014

	Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren	Darunter		Durchschnittsalter
		mit Abitur/ Fachhochschulreife	mit (Fach-) Hochschulabschluss	
	in 1 000	Anteil in %		in Jahren
Zugewanderte insgesamt	8 006	33,5	19,1	44,0
Vor 1980 zugewandert	1 232	19,5	10,7	54,0
Von 1980 bis 1989 zugewandert	1 457	32,7	14,8	46,7
Von 1990 bis 1999 zugewandert	2 722	28,3	14,8	43,7
Von 2000 bis 2009 zugewandert	1 668	42,9	26,8	39,5
Von 2010 bis 2014 zugewandert	927	52,3	35,8	35,6
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	35 430	34,2	20,7	46,2

Ergebnisse des Mikrozensus.

7.3.5 Arbeitsmarktbeteiligung und Lebensunterhalt

Die Beteiligung am Arbeitsmarkt wird üblicherweise durch die Erwerbsquote gemessen. Hierbei werden die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Erwerbspersonen, das heißt Erwerbstätige und Erwerbslose, zur Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren in Relation gesetzt. Siehe hierzu auch Kapitel 5.1, Info 1, Seite 126. Die Erwerbsquoten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (71 %) und ohne (80 %) unterschieden sich im Jahr 2014 deutlich. Dies ist eine Folge der verschieden hohen Zahlen von Nichterwerbspersonen, die keine Arbeit suchen, weil sie sich in Ausbildung befinden oder ihre Rolle als Hausfrau beziehungsweise Mann in der Familie sehen. ► [Tab 6, Info 3](#)

Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation war 2014 der Anteil der Nichterwerbspersonen mit 51 % hoch, weil sich diese aufgrund ihres niedrigen Durchschnittsalters besonders häufig noch in Ausbildung befanden. Der ebenfalls hohe Anteil bei Ausländerinnen und Ausländern mit 30 % beziehungsweise 31 % resultierte dagegen vor allem aus der hohen Zahl von Frauen, die sich auf ihre Rolle im Haushalt beschränkten. Insgesamt standen 37 % aller Frauen mit Migrationshintergrund im Alter zwischen 15 und 64 Jahren dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Bei Frauen ohne Migrationshintergrund waren es 24 %. Bei den Männern unterschieden

► Tab 5 Qualifikation von Zugewanderten im Alter von 25 bis 64 Jahren im Jahr 2014

	Anzahl der Abschlüsse	Anteil der im Ausland erworbenen Abschlüsse		
		insgesamt	darunter Zuwanderer im Alter von ... bis ... Jahren	
	in 1 000		in %	
Beruflicher Abschluss insgesamt	4 943	5,5	9,0	1,8
↳ hoch	1 538	4,4	5,1	7,4
↳ mittel	389	7,6	7,1	4,0
↳ niedrig	3 016	1,9	8,1	0,9

Ergebnisse des Mikrozensus.

► Tab 6 Erwerbsquote und Erwerbstätigenquote der Bevölkerung nach Migrationsstatus 2014 – in Prozent

	Erwerbsquote	Erwerbstätigenquote
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	80,1	76,0
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	71,3	64,6
Deutsche Migrantinnen / Migranten, 1. Generation	80,4	74,7
Deutsche Migrantinnen / Migranten, 2. Generation	49,3	43,8
Ausländer/-innen, 1. Generation	70,5	62,6
Ausländer/-innen, 2. Generation	69,3	62,3
Spätaussiedler/-innen und deren Nachkommen	77,6	72,3
Personen mit Wurzeln in Gastarbeiter-Anwerbeländern	68,6	61,5
Personen mit Wurzeln in den Mitgliedstaaten der EU-15 ¹	75,2	71,4
Personen mit Wurzeln in den neuen EU-Mitgliedstaaten (2004 und später beigetreten) ¹	78,3	71,8
Personen mit Wurzeln in Drittstaaten ¹	64,5	56,2

Erwerbsquote = Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren.
 Erwerbstätigenquote = Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren.
¹ Ohne Spätaussiedler/-innen und Personen mit Wurzeln in Gastarbeiter-Anwerbeländern.
 Ergebnisse des Mikrozensus.

► Info 3

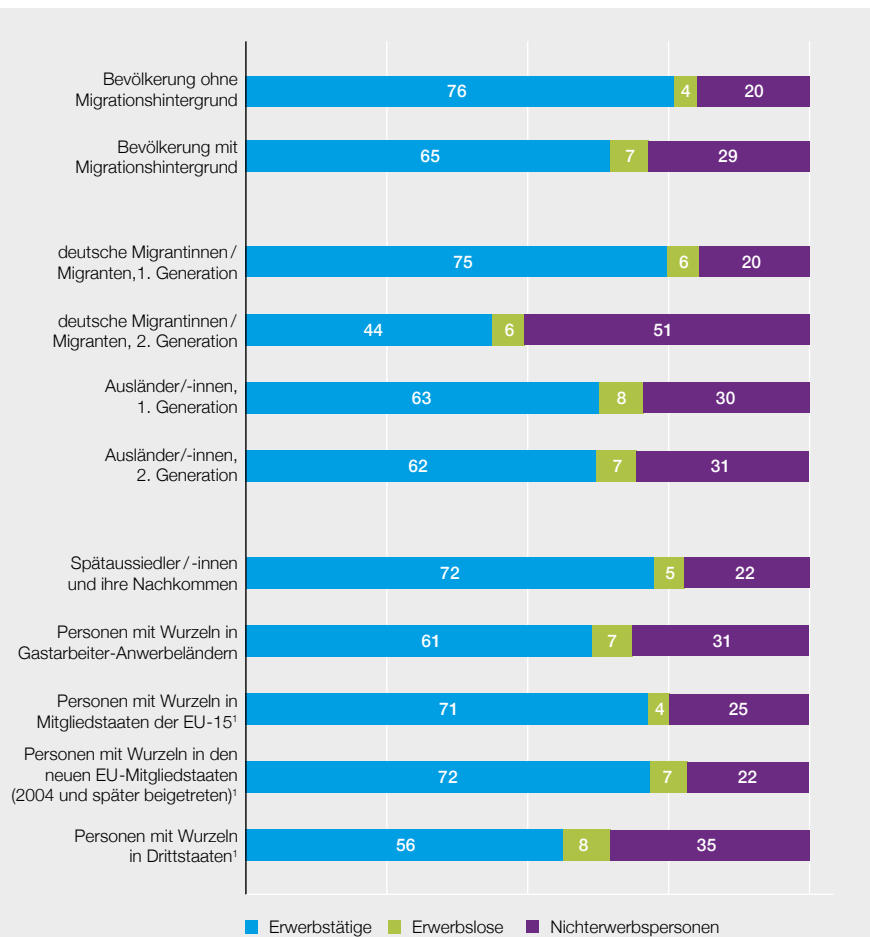
Definitionen

Die **Erwerbstätigenquote** bezieht die Erwerbstätigen auf die Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren und lässt die Erwerbslosen unberücksichtigt, während die **Erwerbsquote** die Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) auf die Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren bezieht.

Bei der Berechnung des **Nettoäquivalenzeinkommens** wird das verfügbare Einkommen von Haushalten zusammengefasst und zur Haushaltsgröße in Bezug gesetzt. Dabei werden den Haushaltsmitgliedern je nach ihrem Alter unterschiedliche Gewichte zugeordnet. Das Nettoäquivalenzeinkommen eines Ehepaares mit zwei Kindern im Alter von acht und zehn Jahren und einem verfügbaren Einkommen von 5 250 Euro entspricht daher dem Nettoäquivalenzeinkommen eines Einpersonenhaushaltes mit einem verfügbaren Einkommen von 2 500 Euro. Um die ökonomische Situation der individuellen Personen und der Haushalte zu beurteilen, ist der gesamtgesellschaftliche Median dieses Nettoäquivalenzeinkommens die Bezugsgröße. Der **Median** ist rechnerisch die Zahl, die genau in der Mitte liegt, wenn man die Werte der Größe nach sortiert.

Als **armutsgefährdet** gelten Betroffene nach internationalen Gepflogenheiten, wenn das individuelle Nettoäquivalenzeinkommen den Schwellenwert von 60 % des Median unterschreitet. Überschreitet es den Schwellenwert von 200 % gelten sie als reich. Die **Armutsgefährdungsquote** bezeichnet demnach den Anteil der Personen, deren Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Median beträgt.

► Abb 9 Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren nach Migrationsstatus und Erwerbsstatus 2014 – Anteil in Prozent



¹ Ohne Spätaussiedler /-innen und Personen mit Wurzeln in Gastarbeiter-Anwerbeländern. Ergebnisse des Mikrozensus.

sich die Anteile dagegen weniger (21 % beziehungsweise 16 %). ► Abb 9

Der Unterschied zwischen den Erwerbstätigenquoten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (65 %) und ohne (76 %) war 2014 größer als jener zwischen den Erwerbsquoten (71 % mit Migrationshintergrund und 80 % ohne), weil die Erwerbslosigkeit bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund eine merklich größere Bedeutung hat als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Der Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung war bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (6,7 %) beinahe doppelt so hoch wie bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (4,1 %). Dies lag vor allem an der hohen Erwerbslosigkeit der Migranten aus Gastarbeiter-Anwerbeländern (7,1 %) und aus Drittstaaten (8,3 %).

Wenig überraschend ist, dass es zwischen beruflicher Qualifikation und Erwerbslosigkeit einen Zusammenhang gibt. Der Anteil der Erwerbslosen bei Personen ohne berufsqualifizierenden Abschluss lag in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei 10 % und ohne Migrationshintergrund bei 11 %. Mit steigender beruflicher Qualifikation sank das Risiko der Erwerbslosigkeit – jedoch bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nicht im gleichen Umfang. Der Abstand zwischen den Erwerbslosenanteilen nahm vielmehr mit steigender Qualifikation zu, von 2 Prozentpunkten bei niedriger Qualifikation bis auf 4 Prozentpunkte bei (Fach-)Hochschulabsolventen.

Das Risiko der Erwerbslosigkeit wird aber nicht nur von der beruflichen Qualifikation beeinflusst, sondern auch davon, ob der berufsqualifizierende Abschluss im Inland oder im Ausland erworben wurde. Zugewanderte mit im Ausland erworbenen Abschlüssen haben bei gleicher Qualifikation einen um rund 2 Prozentpunkte höheren Anteil Erwerbsloser als jene mit im Inland erworbenen Abschlüssen.

Erwerbstätige mit Migrationshintergrund profitierten weniger vom Strukturwandel in den Wirtschaftsbereichen: Sie waren vorwiegend in Sektoren mit einem hohen Anteil gering qualifizierter Tätig-

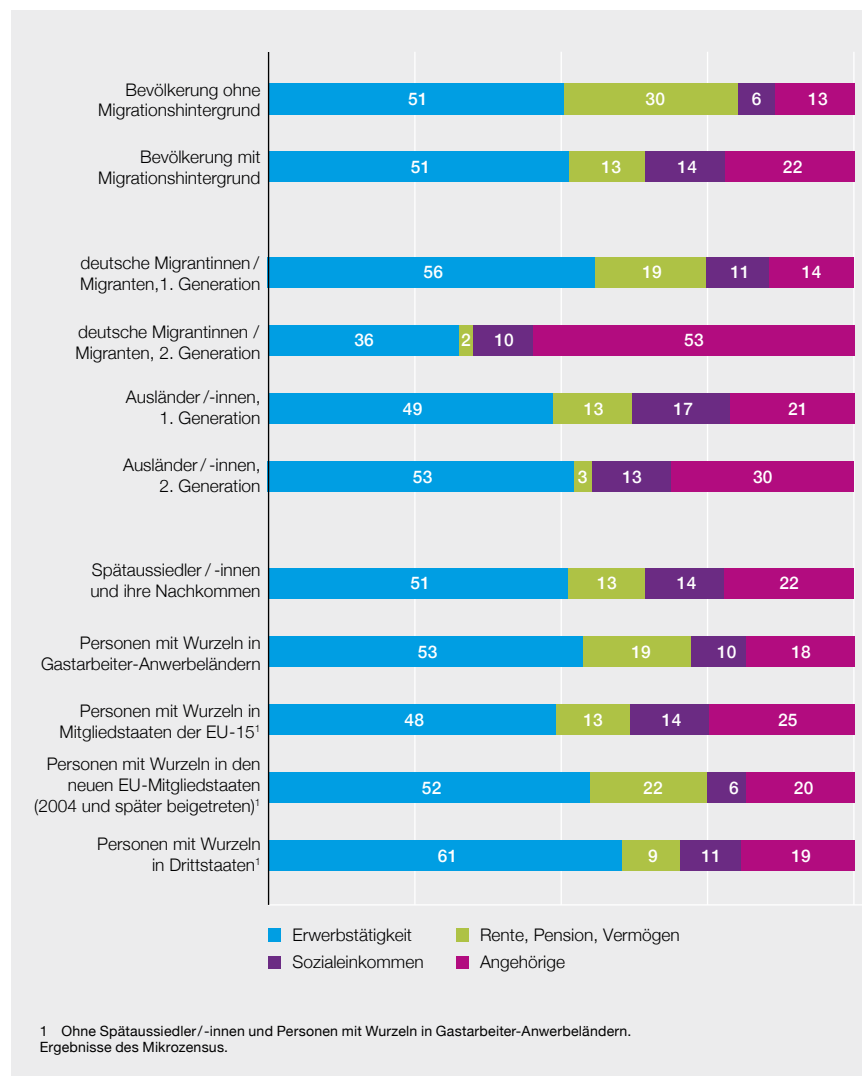
keiten beschäftigt, zum Beispiel im Produzierenden Gewerbe oder in den Bereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr innerhalb des Dienstleistungssektors. Dies gilt sowohl für Vertreter der ersten (63 %) als auch der zweiten (65 %) Migranten- generation.

Ein weiterer relevanter sozioökonomischer Indikator ist der überwiegende Lebensunterhalt, der die Hauptquelle des eigenen Einkommens anzeigt. Bei Erwerbstätigen ist dies in der Regel das Erwerbseinkommen und bei der Bevölkerung ab 65 Jahren sind es Rente und Pension. Erwerbslose bestreiten ihren Lebensunterhalt vorwiegend durch das sogenannte Sozialeinkommen in Form von Arbeitslosengeld oder -hilfe, bei Nichterwerbstätigen sind sowohl Sozialeinkommen als auch Unterstützung durch Angehörige denkbar. Ist der Haupteinkommensbezieher im Haushalt erwerbstätig, überwiegt bei den Nichterwerbspersonen in diesem Haushalt die Unterstützung durch Angehörige. Bei einem erwerbslosen Haupteinkommensbezieher sind dagegen auch alle anderen nicht erwerbstätigen Familienmitglieder von Sozialeinkommen abhängig.

Der Anteil der Personen, die 2014 ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbstätigkeit bestreiten, lag bei der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund bei 51 % und unterschied sich somit nicht. Dies überrascht, da die Erwerbstätigenquoten in der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren mit 65 % (mit Migrationshintergrund) beziehungsweise 76 % (ohne Migrationshintergrund) deutlich voneinander abweichen (siehe Tabelle 6). Der scheinbare Widerspruch löst sich aber auf, wenn man bedenkt, dass die 65-Jährigen und Älteren 24 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, aber nur 10 % der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ausmachten. Daher bestreiten auch 30 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ihren Lebensunterhalt aus Rente, Pension und Vermögen gegenüber 13 % bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. ▶ [Abb 10](#)

Die Bedeutung der Unterstützung durch Angehörige war mit 13 % für Perso-

▶ **Abb 10** Bevölkerung im Alter von über 15 Jahren nach Migrationsstatus und überwiegendem Lebensunterhalt 2014 – Anteil in Prozent



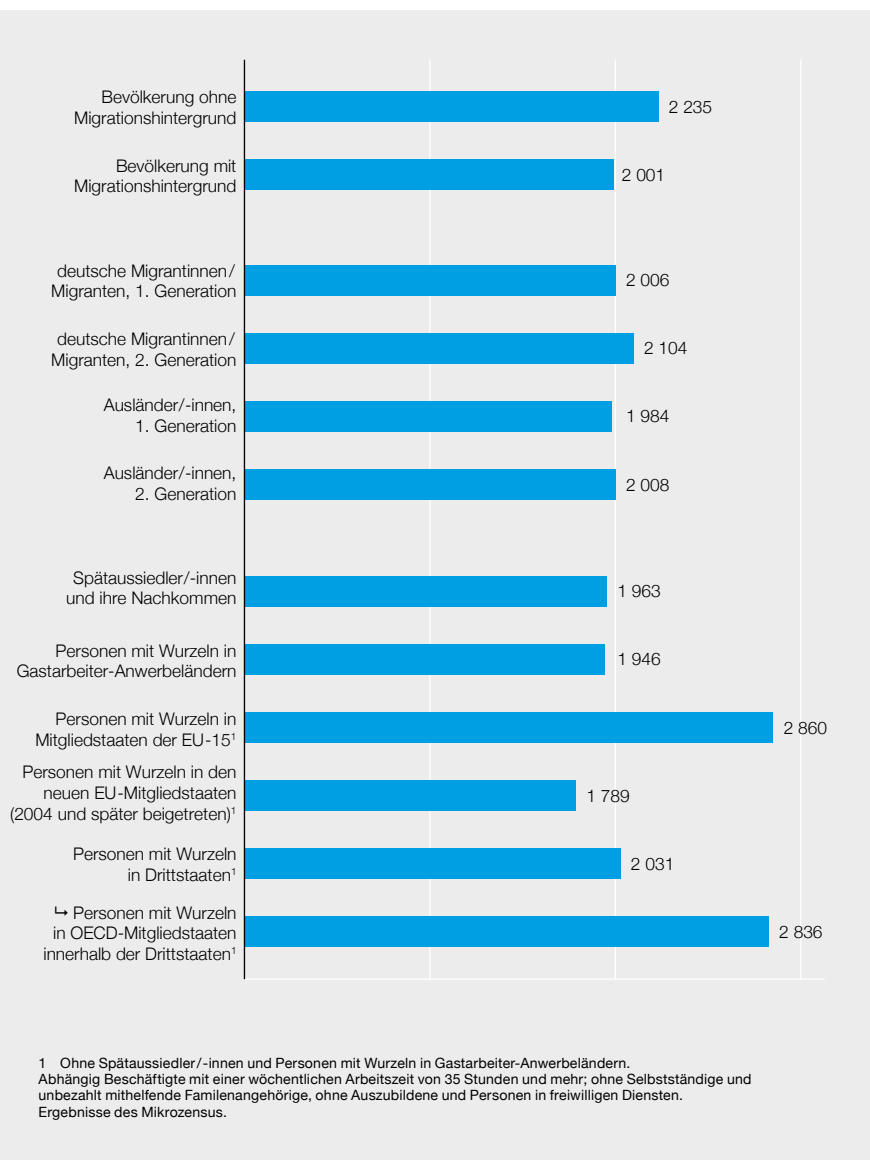
nen ohne Migrationshintergrund deutlich geringer als für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund (22%). Bei der Abhängigkeit von Sozialeinkommen gilt das Gleiche in noch größerem Maß: Rund 6 % der Menschen ohne Migrationshintergrund lebten von Sozialeinkommen gegenüber 14 % der Personen mit Wurzeln im Ausland.

Die deutlichen Abweichungen innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund lassen sich auf die Unterschiede

in der Altersstruktur und bei der Erwerbsbeteiligung zurückführen. Bei zugewanderten Menschen ohne deutschen Pass haben Sozialeinkommen als überwiegende Quelle des Lebensunterhaltes mit 17 % eine überproportional hohe Bedeutung.

Seit 2005 zeichnen sich positive Trends ab, die vor allem aus der erhöhten Beschäftigung resultieren, und von denen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen profitieren konnten. So ist der Anteil des Erwerbs-

► **Abb 11** Persönliches monatliches Nettogehalt der abhängig Vollzeitbeschäftigten im Alter von 25 bis 64 Jahren nach Migrationsstatus 2014 – in Euro



einkommens am überwiegenden Lebensunterhalt von 2005 bis 2013 für Menschen ohne Migrationshintergrund von 47 % auf 51 % gestiegen und für Menschen mit Migrationshintergrund von 46 % auf 51 %. Im Gegenzug sanken jeweils die Anteile der Sozialeinkommen und der Unterstützung durch Angehörige. Bei zugewanderten Ausländerinnen und Ausländern betragen die Rückgänge 3 be-

ziehungsweise 5 Prozentpunkte und waren damit besonders ausgeprägt.

7.3.6 Ökonomische Lage und Armutsgefährdung

Die ökonomische Situation von Menschen und den Haushalten, in denen sie leben, wird in erster Linie vom Erwerbseinkommen geprägt. Beim Vergleich der Erwerbseinkommen sind viele Faktoren zu be-

rücksichtigen. Deshalb werden in diesem Abschnitt nur die Löhne und Gehälter von abhängig Beschäftigten mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 35 Stunden und mehr miteinander verglichen. Die Erwerbseinkommen von Selbstständigen, unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, Auszubildenden und in freiwilligen Diensten Beschäftigten bleiben dagegen unberücksichtigt.

Die monatlichen Nettolöhne und -gehälter von Menschen mit Wurzeln im Ausland lagen 2014 um durchschnittlich 234 Euro oder 10 % unter jenen von Menschen ohne Migrationshintergrund. Innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund reichte dabei die Spannweite der durchschnittlichen Einkommen von 1 984 Euro bei Ausländerinnen und Ausländern der ersten Generation bis 2 104 Euro bei Deutschen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation. Dies entspricht einer Differenz von 120 Euro oder 6 %. ► [Abb 11](#)

Unterscheidet man die Menschen mit Migrationshintergrund nach Herkunftsländern, so zeigt sich eine noch größere Spreizung der Löhne und Gehälter. Menschen mit Wurzeln in den neuen Mitgliedstaaten der EU verdienten mit durchschnittlich 1 789 Euro besonders wenig und Menschen mit Wurzeln in den Mitgliedstaaten der EU-15 (ohne die Gastarbeiter-Anwerbeländer Italien, Spanien, Griechenland, Portugal) verdienten mit 2 860 Euro überdurchschnittlich viel – nicht nur im Vergleich mit allen Menschen mit Migrationshintergrund (2 001 Euro), sondern auch mit denen ohne Migrationshintergrund (2 235 Euro). Nur geringfügig niedrigere durchschnittliche Nettolöhne und -gehälter erzielten mit 2 836 Euro Beschäftigte aus den OECD-Mitgliedstaaten, die nicht gleichzeitig der Europäischen Union angehören, beispielsweise aus der Schweiz oder den Vereinigten Staaten.

Die Einkommensunterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind aber gering im Vergleich zu jenen, die abhängig von der beruflichen Qualifikation auftreten. Menschen ohne Migrationshintergrund mit mittle-

► **Tab 7** Persönliches monatliches Nettogehalt abhängig Vollzeitbeschäftigter im Alter von 25 bis 64 Jahren nach berufsqualifizierendem Abschluss 2014 – in Euro

	Durchschnittliches monatliches Nettogehalt bei				
	niedrigem	mittlerem	hohem berufsqualifizierendem Abschluss		
			insgesamt	und Erwerb im	
	berufsqualifizierendem Abschluss			Inland	Ausland
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	1 919	2 230	3 193	3 191	3 321
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	1 843	2 115	2 798	2 892	2 720
Deutsche Migrantinnen/Migranten, 1. Generation	1 872	2 135	2 718	2 927	2 395
Deutsche Migrantinnen/Migranten, 2. Generation	1 912	2 440	2 934	2 971	/
Ausländer/-innen, 1. Generation	1 756	1 967	2 835	2 756	2 862
Ausländer/-innen, 2. Generation	1 956	2 342	3 040	3 077	/
Spätaussiedler/-innen und deren Nachkommen	1 845	2 105	2 680	2 911	2 291
Personen mit Wurzeln in Gastarbeiter-Anwerbeländern	1 934	2 306	2 769	2 952	2 584
Personen mit Wurzeln in den Mitgliedstaaten der EU-15 ¹	2 105	2 613	3 666	3 497	3 721
Personen mit Wurzeln in den neuen EU-Mitgliedstaaten (2004 und später beigetreten) ¹	1 616	1 862	2 474	2 704	2 356
Personen mit Wurzeln in Drittstaaten ¹	1 743	1 679	2 668	2 744	2 612
↳ OECD-Mitgliedstaaten ¹	2 124	/	3 369	3 174	3 474

Abhängig Beschäftigte mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 35 Stunden und mehr; ohne Selbstständige, unbezahlt mithelfende Familienangehörige, Auszubildende und Personen in freiwilligen Diensten.

¹ Ohne Spätaussiedler/-innen und Personen mit Wurzeln in Gastarbeiter-Anwerbeländern.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus.

rem beruflichem Bildungsabschluss verdienen 2014 monatlich im Durchschnitt 311 Euro mehr als jene mit niedrigem und 963 Euro weniger als jene mit hohem beruflichem Abschluss. Bei Menschen mit Migrationshintergrund liegen die entsprechenden Beträge bei 272 Euro mehr beziehungsweise 683 Euro weniger. Innerhalb der Migrationsbevölkerung erzielen Ausländerinnen und Ausländer eine höhere Bildungsrendite als Deutsche mit Migrationshintergrund. ► [Tab 7](#)

Für Beschäftigte mit hoher beruflicher Qualifikation ist zudem für die Höhe von Lohn und Gehalt entscheidend, ob der berufsqualifizierende Abschluss im Inland oder im Ausland erworben wurde. Allerdings wirkt sich dies nicht immer in gleicher Weise aus: So verdienten zugewanderte Deutsche mit Migrationshintergrund und Abschluss im Inland 532 Euro mehr als jene mit Abschluss im Ausland,

zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer dagegen nur 106 Euro mehr. Für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt war ein inländischer Abschluss finanziell attraktiver (+ 172 Euro). Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund wirkten sich dagegen im Ausland erworbene hohe berufsqualifizierende Abschlüsse einkommenssteigernd aus (+ 130 Euro). Das Gleiche gilt für Zugewanderte aus industriell hoch entwickelten Herkunftsländern, sei es aus der EU-15 (+ 224 Euro) oder aus den sonstigen OECD-Mitgliedstaaten (+ 300 Euro).

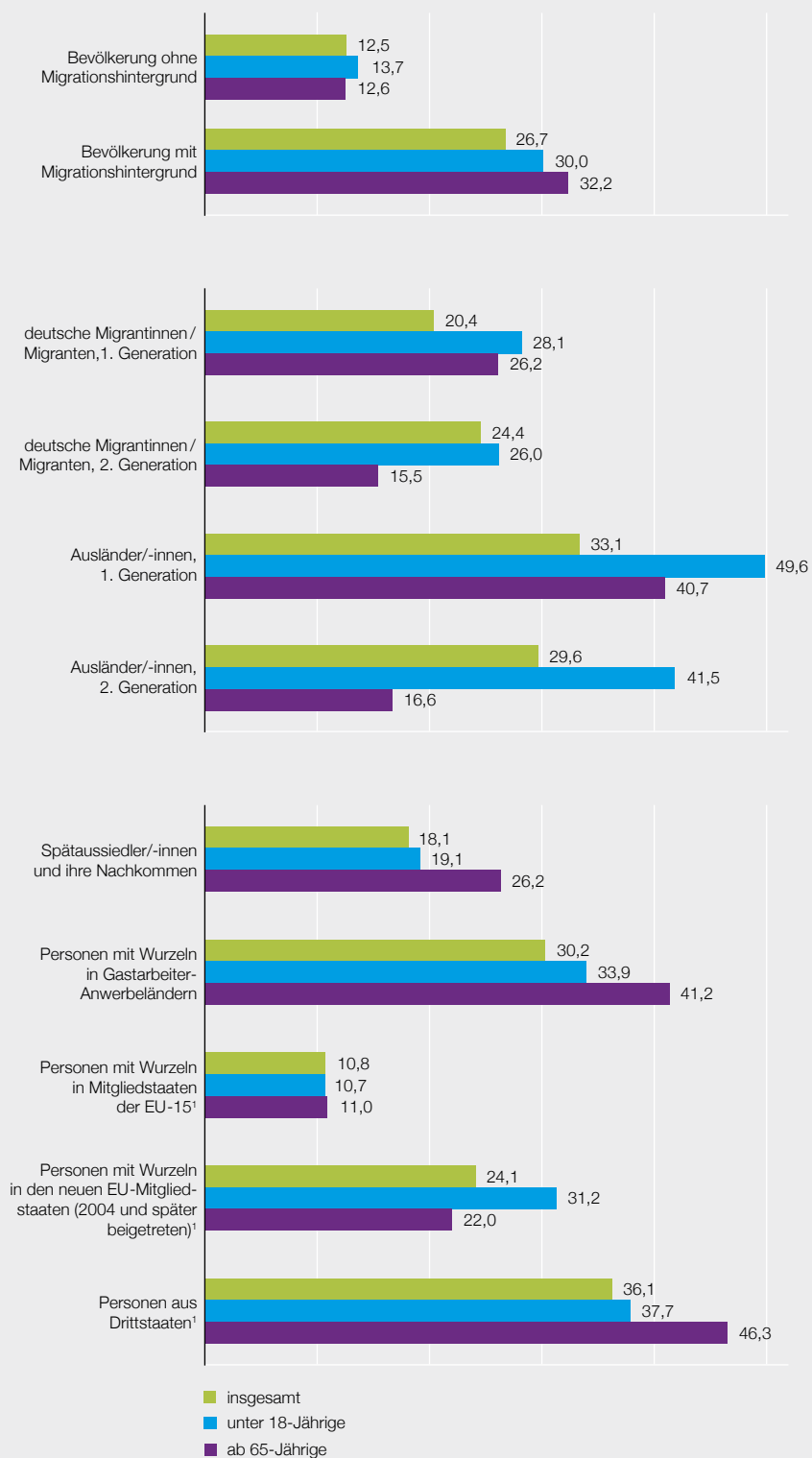
Im direkten Vergleich nehmen die Abstände der monatlichen Erwerbseinkommen zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund mit der beruflichen Qualifikation zu: Bei niedrigem berufsqualifizierendem Abschluss erzielten Beschäftigte ohne Migrationshintergrund durchschnittlich 76 Euro oder 4 % mehr

als jene mit Migrationshintergrund; bei einem mittleren Abschluss waren es 115 Euro oder 5 % und bei einem hohen Abschluss 395 Euro oder 12 % mehr.

Es ist überraschend, dass die Spätaussiedlerinnen und -aussiedler sowie ihre Nachkommen mit 2 291 Euro von allen Zugewanderten das niedrigste Erwerbseinkommen erzielten, wenn sie über eine hohe berufliche Qualifikation verfügten und diese im Ausland erworben hatten, denn sie hatten im Gegensatz zu allen anderen Zugewanderten von Anfang an einen gesetzlichen Anspruch auf Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Abschlüsse. Es liegt deshalb nahe zu vermuten, dass es für diese Einkommensunterschiede noch andere Ursachen gibt, beispielsweise die Wahl des Arbeitsplatzes.

Insgesamt bestätigen die Daten einen Zusammenhang zwischen beruflicher Qualifikation und Höhe des erzielten Er-

► Abb 12 Armutsgefährdungsquoten nach Migrationsstatus 2014 — Anteil in Prozent



¹ Ohne Spätaussiedler/-innen und Personen mit Wurzeln in Gastarbeiter-Anwerbeländern. Ergebnisse des Mikrozensus.

werbseinkommens. Diese Bildungsrendite ist für Menschen ohne Migrationshintergrund allerdings höher als für jene mit Migrationshintergrund und führt dazu, dass die Einkommensdifferenzen mit zunehmender Bildung ansteigen. Die Einkommen einzelner Zuwanderergruppen werden zudem von weiteren Faktoren, wie zum Beispiel der Berufserfahrung beeinflusst, die mit den aus dem Mikrozensus vorliegenden Daten nicht analysiert werden können.

Seit mehreren Jahren werden die statistischen Größen Nettoäquivalenzeinkommen und Armutsgefährdungsquote errechnet, um die ökonomische Situation von Personen und Haushalten zu beschreiben. Das Nettoäquivalenzeinkommen berücksichtigt neben dem im vorigen Abschnitt verwendeten verfügbaren Einkommen auch die Einspareffekte, die sich durch das gemeinsame Wirtschaften und Konsumieren in Mehrpersonenhaushalten gegenüber alleinlebenden Konsumenten ergeben.

Im Jahr 2014 galten nach dem Mikrozensus 15 % der Bevölkerung in Deutschland als armutsgefährdet. Seit 2005 schwankte dieser Anteil zwischen 14 % und 16 %. Kinder unter 18 Jahren waren 2014 mit 19 % überdurchschnittlich häufig armutsgefährdet; dieser Anteil steigt auf 41 %, wenn sie bei Alleinerziehenden aufwachsen. Dagegen waren nur 14 % aller ab 65-Jährigen armutsgefährdet. ► Abb 12

Die ökonomische Situation von Menschen mit Migrationshintergrund stellt sich im Vergleich dazu völlig anders dar. Ihre Armutsgefährdungsquote lag 2014 mit 27 % mehr als doppelt so hoch wie die der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (12 %). Für Ausländerinnen und Ausländer lag der Anteil mit 32 % noch höher. Bei einer Unterscheidung nach Herkunftsländern gibt es deutliche Unterschiede zwischen Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern (18 %) auf der einen Seite und Menschen mit Wurzeln in Gastarbeiter-Anwerbeländern (30 %) oder in Drittstaaten (36 %) auf der anderen. Wie schon zuvor bei den Einkommen der abhängig Vollzeitbeschäftigten bilden

auch hier die hoch entwickelten EU-15-Mitgliedsländer mit 11 % eine gesonderte Länderkategorie.

Kinder sind in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit 30 % deutlich häufiger armutsgefährdet als Kinder in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (14%). Sie haben im Vergleich zu den jeweiligen Erwachsenen auch ein deutlich höheres zusätzliches Armutsrisiko: In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund lag die Armutsgefährdungsquote der Kinder um 4 Prozentpunkte über der der Erwachsenen, in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund betrug der Abstand dagegen nur +1 Prozentpunkt.

Ein ausgeprägtes Risiko für Altersarmut gab es 2014 bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Rund 32 % aller ab 65-jährigen Migrantinnen und Migranten waren armutsgefährdet; das waren 5 Prozentpunkte mehr als in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt. Die Werte schwankten je nach Herkunftsland zwischen 26 % bei den Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern und 46 % bei den Menschen aus Drittstaaten. Von den Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern im Rentenalter waren 41 % armutsgefährdet. Aus den vorliegenden Daten ist nicht zu erkennen, ob das erhöhte Risiko der Altersarmut bei Migrantinnen und Migranten auf eine niedrige Rente als Folge weniger Erwerbsjahre in Deutschland – sei es aufgrund unterbrochener Erwerbsbiografien oder einer späten Zuwanderung – zurückzuführen ist, oder ob aus einer Rente mehr Haushaltsmitglieder ohne eigenes Einkommen mitversorgt werden müssen als dies bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund der Fall ist.

7.3.7 Zusammenfassung und Ausblick

Jeder fünfte Mensch in Deutschland hat seine Wurzeln im Ausland. Diese Bevölkerungsgruppe ist überdurchschnittlich jung. Sie wird in Zukunft noch weiter wachsen, zumindest wenn Deutschland weiterhin für so viele Menschen in der Welt ein attraktives Zuwanderungsland bleibt. Die Bevölkerung ohne Migrati-

onshintergrund altert dagegen zunehmend und verursacht in den nächsten Jahren eine ständig größer werdende demografische Lücke, vor allem in der Erwerbsbevölkerung.

Die ökonomische Lage der derzeit in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund lässt aber durchaus Wünsche offen. Ihre Erwerbsbeteiligung liegt unter dem Durchschnitt und ihre Armutsgefährdung ist hoch, vor allem bei den Kindern. Aufgrund der vorliegenden Daten dürften die Ursachen für eine erhöhte Armutsgefährdung der Migrantenhaushalte nicht in erster Linie in Lohndiskriminierung zu suchen sein – obwohl es auch bei gleicher Arbeitszeit und beruflicher Qualifikation Unterschiede im individuellen Erwerbseinkommen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gibt.

Vielmehr dürfte das entscheidende Armutsrisiko zum einen in der vergleichsweise niedrigen beruflichen Qualifikation der Zuwanderinnen und Zuwanderer liegen, zum anderen daran, dass hier überproportional häufig Haushalte mit drei und mehr Personen mit einem Erwerbseinkommen auskommen müssen. In den letzten Jahren kamen zwar mehr und besser ausgebildete Migrantinnen und Migranten nach Deutschland, jedoch sind viele der vor Jahren nach Deutschland Gekommenen für die heutigen Anforderungen des Arbeitsmarkts schlecht ausgebildet. Sie sind häufiger erwerbslos und erzielen nur niedrige Löhne. Deutschland wird in Zukunft nur dann über eine weltweit wettbewerbsfähige Erwerbsbevölkerung verfügen, wenn es seine Ressourcen bestmöglich nutzt. Die vorliegenden Zahlen deuten darauf hin, dass die vergleichsweise mangelnde Bildungsbeteiligung der Menschen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation das größte ungenutzte Potenzial darstellt. In den letzten Jahren gab es zwar Fortschritte im Bereich Aus- und Weiterbildung dieser Menschen, es sind aber bei weitem noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft.

Seit der Jahresmitte 2014 ist in Deutschland die Nettozuwanderung deutlich an-

gestiegen, eine Entwicklung, die sich im Jahr 2015 noch verstärkt fortgesetzt hat. Sie wird vor allem durch die Zuwanderung von Schutzsuchenden – Asylbewerbern und Flüchtlingen – getrieben, einem Phänomen, das in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts fast in Vergessenheit geraten war. Durch diese Zuwanderung kann sich in den kommenden Jahren nicht nur die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund deutlich erhöhen, sondern es kann auch innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu weitreichenden demografischen und sozioökonomischen Verschiebungen kommen. Dies hätte zur Konsequenz, dass eine Vielzahl der hier gemachten Aussagen in Zukunft nicht mehr oder nicht mehr in gleichem Maße gelten als bisher.

Zurzeit wissen wir noch zu wenig über diese Zuwanderer, um belastbare Daten vorzulegen. Dies liegt nicht nur daran, dass selbst die Registrierung der Schutzsuchenden im Jahr 2015 auf administrative Schwierigkeiten gestoßen ist, sondern vor allem auch daran, dass es durch die »auf der grünen Wiese« errichteten Erstaufnahmeeinrichtungen faktisch unmöglich ist, Schutzsuchende im Rahmen des Mikrozensus zu befragen und damit mehr über sie zu erfahren.

Es zeichnet sich aber schon jetzt ab, dass die neuen Zuwanderer aus anderen Herkunftsländern kommen als ihre Vorgänger, vor allem auch aus Ländern außerhalb Europas. Dies kann leicht dazu führen, dass ihre Bildungsqualifikationen weniger gut mit den Anforderungen des deutschen Arbeitsmarktes in Einklang zu bringen sind, als dies zum Beispiel bei den nach der Euro-Krise zugewanderten Hochschulabsolventen aus EU-Mitgliedstaaten der Fall war.

7.4 Lebenssituation von Migranten und deren Nachkommen

Ingrid Tucci

DIW Berlin und Aix Marseille
Université, LEST, CNRS UMR 7317

WZB/SOEP

In Kapitel 7.3 wurden bereits Grunddaten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf der Grundlage des Mikrozensus präsentiert. In diesem Kapitel sollen darüber hinausgehend auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ergänzende Informationen zur Lebenssituation ausgewählter Bevölkerungsgruppen gegeben werden.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund stellt keine homogene Gruppe dar; sie ist im Hinblick auf die Herkunftsländer und die Migrationsbiographien sogar äußerst heterogen. Seit der Zuwanderung der Arbeitsmigranten nach dem Zweiten Weltkrieg und der darauffolgenden Phase der Familienzusammenführung verlagerten zahlreiche Migranten ihren Lebensmittelpunkt nach Deutschland, wenngleich dies keineswegs bedeutet, dass sie die Brücken zu ihren Herkunftsländern abbrechen.

Nach dem Fall der Mauer siedelten viele Spätaussiedler aus Rumänien, Polen und den Gebieten der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland über. Auch stellten in dieser Zeit zahlreiche Flüchtlinge aus den Balkangebieten Asylanträge in Deutschland (siehe Kapitel 8.1.1). So wurden 20 % der Asylerstanträge 1995 von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien gestellt, 2011 hingegen 17 % von Flüchtlingen aus Afghanistan und 13 % aus dem Irak. Im gleichen Jahr waren Polen und Rumänien die Hauptherkunftsländer der

Migranten. Ab 2011 ist die Zahl der Asylerstanträge angestiegen, allerdings gab es erst von 2012 auf 2013 einen deutlichen Anstieg (von 64 539 Erstanträgen in 2012 auf 109 580 in 2013). Von Januar bis Oktober 2015 stellten 331 226 Personen einen Erstantrag.

Migranten und ihre Nachkommen nehmen in unterschiedlicher Weise an der deutschen Gesellschaft teil. Dies wird sowohl durch ihren rechtlichen als auch durch ihren sozialen Status beeinflusst. ▶ [Info 1](#)

Im Folgenden wird auf Grundlage der Daten des SOEP für das Jahr 2013 die Lebenssituation ausgewählter Gruppen anhand von Schlüsselindikatoren vorgestellt. Folgende Lebensbereiche werden dabei genauer betrachtet: allgemeine Lebensbedingungen, Bildungs- und Ausbildungssituation, Beschäftigungsstruktur und Einkommen, soziale Integration und kulturelle Orientierungen.

7.4.1 Ausgewählte Merkmale der Lebensbedingungen von Personen mit Migrationshintergrund

Im Jahr 2013 besaßen 62 % der Population mit Migrationshintergrund ab 17 Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit, wobei dieser Anteil je nach Herkunftsregion variierte. Während die deutsche Staatsangehörigkeit unter den (Spät-)Aussiedlern (97 %) sowie den Personen mit osteuropäischem Hintergrund (55 %), die zum Teil Angehörige von (Spät-)Aussiedlern sind, sehr verbreitet war, betrug dieser Anteil

▶ Info 1

Migranten und deren Nachkommen

Um die soziale und migrationsbedingte Heterogenität der Personen mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen, werden Migranten und deren Nachkommen aus fünf Herkunftsgruppen betrachtet: aus der Türkei, aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, aus den ehemaligen Anwerbestaaten Südwesteuropas, die heute zur EU gehören (Italien, Spanien, Griechenland, Portugal), (Spät-)Aussiedler sowie Personen aus osteuropäischen Ländern. Daneben werden auch Unterschiede in der demografischen Struktur zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund berücksichtigt. Personen mit Migrationshintergrund sind entweder selbst zugewandert oder haben mindestens einen zugewanderten Elternteil. In einigen Abschnitten wird die Situation der Nachkommen von Migranten gesondert dargestellt. Bei den Migrantennachkommen handelt es sich um die 16- bis 45-Jährigen, die entweder schon in Deutschland geboren wurden oder vor dem Alter von sieben Jahren nach Deutschland zugewandert sind und in Deutschland die Schule besucht haben.

innerhalb der Population türkischer und südeuropäischer Herkunft lediglich 35 % beziehungsweise 20 %. Letztere besitzen aufgrund ihrer EU-Mitgliedschaft weniger Anreize, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. ▶ Tab 1

Bei den untersuchten Herkunftsgruppen variierte auch die Einkommenssituation, vor allem im Hinblick auf das Armutsrisiko. Nach den Daten des SOEP waren türkischstämmige Personen mit einer Risikoquote von 36 % am stärksten von Armut betroffen, gefolgt von Personen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens und aus Südwesteuropa (jeweils 27 %) und den Spätaussiedlern (25 %). Im

oberen Einkommensbereich (über 150 % des Medianeinkommens) waren Personen mit Migrationshintergrund stark unterrepräsentiert. Personen türkischer Herkunft wiesen mit 5 % den niedrigsten Anteil im oberen Einkommensbereich auf, Personen osteuropäischer Herkunft mit 21 % den höchsten unter den hier verglichenen Herkunftsgruppen.

Personen mit Migrationshintergrund verfügten im Durchschnitt über deutlich geringere finanzielle Ressourcen als Personen ohne Migrationshintergrund (1 482 Euro gegenüber 1 730 Euro im Monat). Dies traf insbesondere auf Personen türkischer Herkunft (1 242 Euro) und Perso-

nen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (1 288 Euro) zu. Migrantenhaushalte mussten trotz im Durchschnitt niedrigerer Einkommen für höhere Mietkosten aufkommen als Haushalte, in denen nur Personen ohne Migrationshintergrund lebten. Sie verfügten jedoch im Durchschnitt über deutlich weniger Wohnfläche pro Person. Die Tatsache, dass ein Großteil der Zuwandererfamilien in größeren Städten lebt, trägt zu dem erschwerten Zugang zu bezahlbarem und geeignetem Wohnraum bei. Zudem ist wahrscheinlich, dass Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt eine Rolle spielen.

▶ Tab 1 Ausgewählte Merkmale der Lebenssituation von Deutschen, Zuwanderern und Aussiedlern 2013

	Personen ohne Migrationshintergrund ¹	Personen mit Migrationshintergrund ¹					
		Gesamt	Türkei	Länder des ehemaligen Jugoslawiens	Südwesteuropa	(Spät-)Aussiedler	Osteuropa
Deutsche Nationalität (%)	100	62	35	33	20	97	55
Mittelwert Aufenthaltsdauer (Jahre)	X	26	30	29	38	24	17
In Deutschland geboren (%)	X	31	35	18	34	9	19
Alter bei Einwanderung (Durchschnitt)	X	22	18	19	20	25	25
in %							
Einkommensverteilung (in % des Medians)							
<60 % (Armutsrisikoquote)	14	24	36	27	27	25	20
60 % bis 100 %	32	35	38	47	34	36	33
100 % bis 150 %	31	25	21	15	20	28	26
>150 %	22	16	5	11	18	11	21
in Euro							
Einkommenssituation							
Haushaltsäquivalenzeinkommen (Median)	1 730	1 482	1 242	1 288	1 486	1 401	1 421
Wohnsituation²							
Miethöhe (Mittelwert in Euro)	486	527	533	549	527	494	491
Durchschnittliche Haushaltsgröße (Anzahl Personen)	1,9	2,4	3,2	2,6	2,3	2,3	2,3
Wohnfläche pro Person (Mittelwert in Quadratmeter)	59	44	32	43	45	40	45

¹ Bevölkerung ab 17 Jahren.

² Die Indikatoren zur Wohnsituation beziehen sich auf Haushalte.

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.

Datenbasis: SOEP 2013.

► **Tab 2** Bildungsniveau (berufliche Bildung) 2013 – in Prozent

	Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund					
		Gesamt	Türkei	Länder des ehemaligen Jugoslawiens	Südwesteuropa	(Spät-) Aussiedler	Osteuropa
Ohne Abschluss	14	37	65	40	53	29	25
Frauen	17	38	72	44	55	32	21
Berufsausbildung	64	43	30	50	35	54	43
Frauen	64	42	25	50	31	51	43
Akademischer Abschluss	22	20	5	10	12	17	32
Frauen	19	20	3	6	14	17	36

Kursiv: Fallzahl unter 30.
Datenbasis: SOEP 2013.

► **Tab 3** Bildungsniveau der Nachkommen von Migranten im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung (17- bis 45-Jährige) 2013 – in Prozent

	Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund				
		Gesamt	Türkei	andere Anwerbeländer ^{1,2}	Osteuropa (inklusive (Spät) Aussiedler) ²	Andere Herkunftsgruppen
Schulische Bildung						
Kein Abschluss	1	3	3	2	2	3
Frauen	1	2	3	3	1	2
Vater hat maximal Hauptschulabschluss	1	2	1	4	1	1
Hauptschulabschluss	17	26	39	33	10	24
Frauen	14	21	40	23	6	20
Vater hat maximal Hauptschulabschluss	25	33	40	41	15	31
Realschulabschluss	37	30	29	31	32	29
Frauen	39	34	27	35	29	39
Vater hat maximal Hauptschulabschluss	42	33	36	35	24	33
Abitur	44	38	27	30	53	40
Frauen	46	39	29	33	60	35
Vater hat maximal Hauptschulabschluss	31	28	23	12	55	31
Anderer Abschluss (im Ausland erworben)	0	3	2	4	3	4
Frauen	0	4	1	6	4	4
Vater hat maximal Hauptschulabschluss	0	4	0	7	5	4
Berufliche Bildung						
Ohne Abschluss	17	37	51	35	39	31
Frauen	16	36	54	36	28	31
Vater hat maximal Hauptschulabschluss	15	32	49	42	29	20
Berufsausbildung	59	44	41	50	31	47
Frauen	59	43	38	46	33	49
Vater hat maximal Hauptschulabschluss	69	55	44	53	44	63
Akademischer Abschluss	24	19	8	15	30	22
Frauen	25	21	8	18	39	20
Vater hat maximal Hauptschulabschluss	16	13	7	5	27	17

¹ Länder des ehemaligen Jugoslawiens sowie Südeuropa.

² Gruppen wurden zusammengefügt, da die Fallzahlen für Migrantennachkommen ansonsten zu gering sind.

Kursiv: Fallzahl unter 30.
Datenbasis: SOEP 2013.

7.4.2 Bildung und Ausbildung

Ein Blick auf das Qualifikationsniveau der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund zeigt auf, dass erstere hinsichtlich der beruflichen Bildung stark polarisiert ist. Einerseits war 2013 der Anteil ohne beruflichen Abschluss (37 %) bei Personen mit Migrationshintergrund insgesamt und in allen Herkunftgruppen hoch, andererseits fiel der Unterschied zu Personen ohne Migrationshintergrund bei höheren Abschlüssen sehr gering aus: 20 % der Personen mit Migrationshintergrund haben einen akademischen Abschluss gegenüber 22 % bei Personen ohne Migrationshintergrund. Dies lag unter anderem am hohen Bildungsniveau der Personen aus den osteuropäischen Ländern: 32 % unter ihnen hatten einen akademischen Abschluss. Personen aus den ehemaligen sogenannten »Gastarbeiterländern« wiesen hingegen eine ungünstigere Qualifikationsstruktur auf, was auf ihre Migrationsgeschichte zurückzuführen ist; ihre Bildungssituation ist weiterhin stark durch ihre soziale Herkunft aus Arbeiterfamilien geprägt. Geschlechterunterschiede im Bildungsniveau traten bei Personen türkischer Herkunft besonders stark zutage: 72 % der Frauen gegenüber 65 % der Männer hatten keinen beruflichen Abschluss und nur 28 % hatten eine Berufsausbildung oder einen akademischen Abschluss. ▶ Tab 2

Betrachtet man nun die Gruppe der Nachfolgeneration – also derjenigen Migrantennachkommen, die selbst keine Migrationserfahrung haben oder im frühen Alter nach Deutschland eingereist sind, – stellt man fest, dass diese im Durchschnitt weniger häufig das Abitur (38 %) und häufiger einen Hauptschulabschluss (26 %) erlangten als die gleichaltrige Population ohne Migrationshintergrund (44 % und 17 %). ▶ Tab 3

Die Geschlechterunterschiede bei den Migrantennachkommen türkischer, südeuropäischer und osteuropäischer Herkunft (inklusive (Spät-)Aussiedlern) wichen von denen anderer Herkunftgruppen ab: hier wiesen Frauen einen leicht

höheren Anteil an Abiturienten gegenüber der jeweiligen Gesamtgruppe auf. Die vergleichsweise hohen Qualifikationen der Kinder von (Spät-)Aussiedlern und osteuropäischen Migranten spiegelten sich in dem entsprechenden Anteil an Abiturienten bei ihren Nachkommen wieder (53 %).

Der Vergleich der Bildungslage der Migrantennachkommen mit derjenigen der gleichaltrigen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ist jedoch verzerrt, solange nicht die soziale Herkunft kontrolliert wird, da Eltern, die migriert sind, im Durchschnitt niedrigere Bildungsabschlüsse besitzen. Betrachtet man deshalb nur diejenigen Personen, deren Väter maximal einen Hauptschulabschluss besaßen, wird deutlich, dass die Unterschiede zwischen den Herkunftgruppen geringer ausfallen, insbesondere wenn es sich um den Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen handelt. Jedoch verringern sich die Unterschiede nur leicht, wenn es um die niedrigeren Bildungswege geht.

Der Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund ohne berufliche

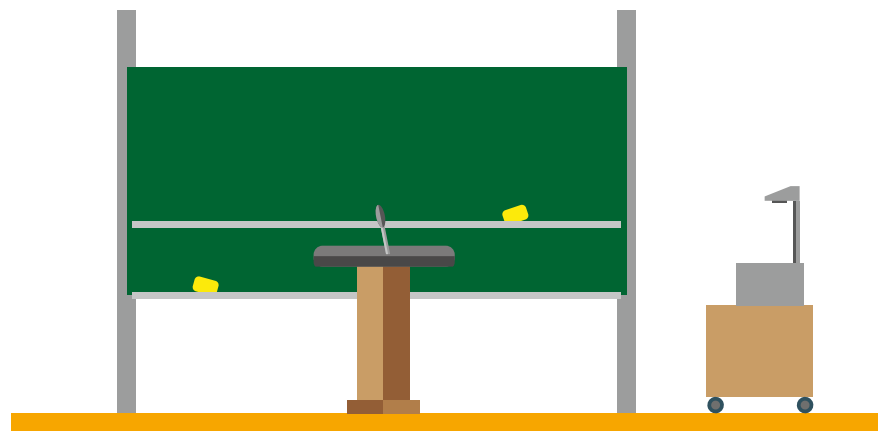
Qualifikation war 2013 mehr als doppelt so hoch wie unter denjenigen, die keinen Migrationshintergrund hatten (37 % gegenüber 17 %). Hier spielen neben dem sozioökonomischen Hintergrund weitere Faktoren wie die institutionelle Diskriminierung, soziale und ethnische Segregation oder auch familiäre Verhältnisse eine Rolle.

7.4.3 Beschäftigungsstruktur und Arbeitssituation

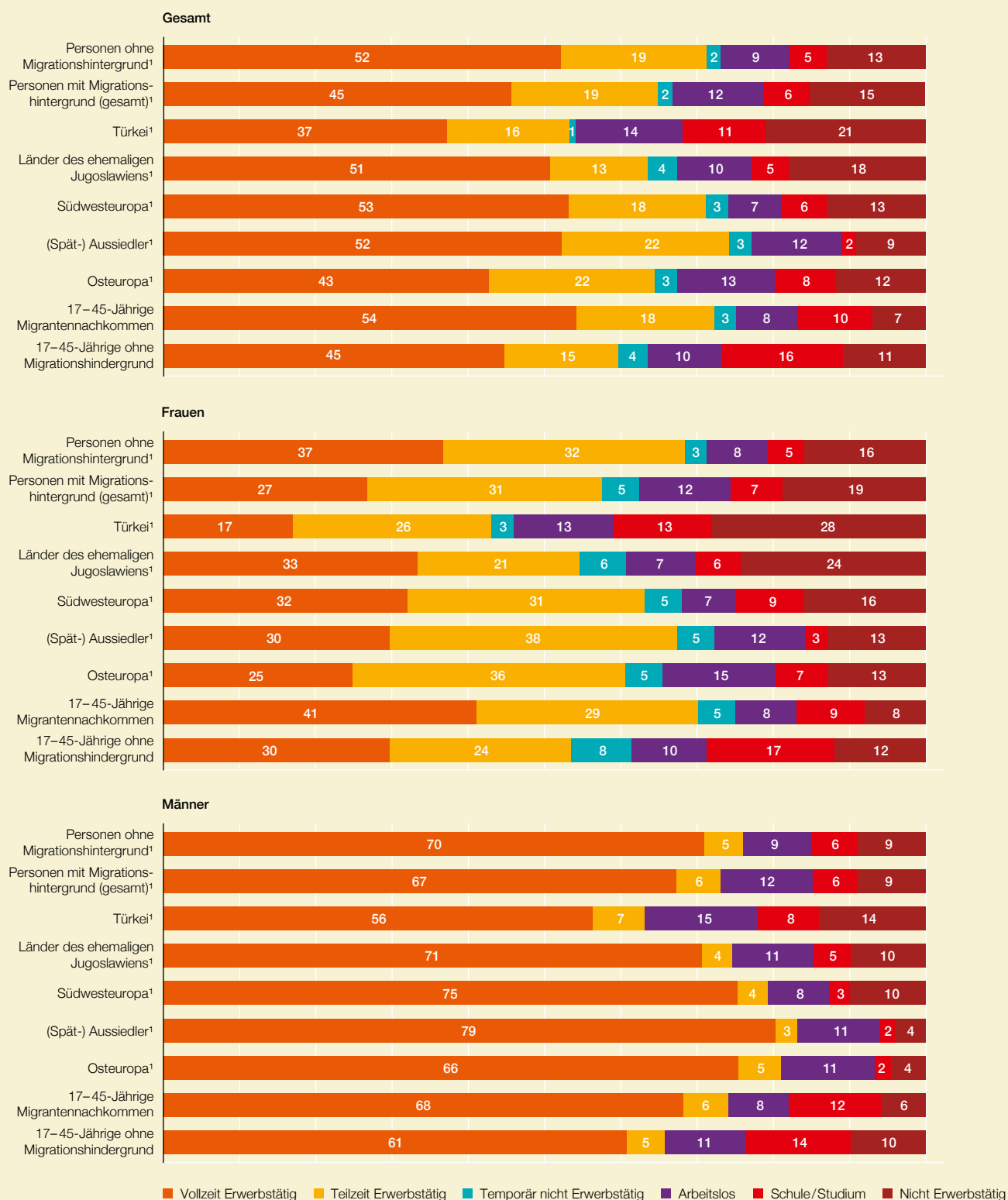
Eine zentrale Rolle für die gesellschaftliche Integration aller Bevölkerungsgruppen kommt dem Arbeitsmarkt zu. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund unterscheidet sich von der einheimischen Bevölkerung bereits hinsichtlich ihres Zugangs zum Arbeitsmarkt. Betrachtet man die Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter, so ist festzustellen, dass gut die Hälfte der Personen ohne Migrationshintergrund 2013 Vollzeit erwerbstätig war, während dies auf nur 45 % der Personen mit Migrationshintergrund zutraf. Der Unterschied war bei den Frauen größer als bei den Männern. Frauen mit Mi-

20 %

der Personen mit Migrationshintergrund hatten 2013 einen akademischen Abschluss. Bei Personen ohne Migrationshintergrund waren es 22 %.



► Abb 1 Erwerbsstatus nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2013 — in Prozent



¹ Bevölkerung zwischen 17 und 64 Jahren.
 Kursiv: Fallzahl unter 30.
 Datenbasis: SOEP 2013.

► Tab 4 Monatliches Nettoerwerbseinkommen nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2013 – in Euro (Median)

	Individuelles Nettoerwerbseinkommen		
	Gesamt	Frauen	Männer
Personen ohne Migrationshintergrund	1 503	1 200	1 900
Personen mit Migrationshintergrund	1 340	870	1 700
Türkei	1 200	700	1 700
Länder des ehemaligen Jugoslawiens	1 300	700	1 700
Südwesteuropa	1 400	1 000	1 700
(Spät-)Aussiedler	1 400	900	1 800
Osteuropa	1 120	760	1 400
17–45-Jährige			
Migrantennachkommen	1 300	1 000	1 500
Ohne Migrationshintergrund	1 400	1 150	1 700

Datenbasis: SOEP 2013.

grationshintergrund wiesen einen höheren Anteil an Nichterwerbstätigen auf, insbesondere unter den Frauen türkischer Herkunft (28 %) und aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (24 %). Insgesamt waren Personen mit Migrationshintergrund häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Personen ohne Migrationshintergrund (12 % gegenüber 9 %). Dies traf 2013 insbesondere auf osteuropäische Frauen und auf türkischstämmige Männer zu, deren Anteil an Arbeitslosen 15 % ausmachte. ► Abb 1

Einen zentralen Indikator für die Qualität eines Arbeitsplatzes stellt zweifellos das erzielte Arbeitseinkommen dar. Das Nettoarbeitseinkommen von Personen mit Migrationshintergrund lag im letzten Erhebungsjahr unterhalb des Durchschnitts der Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund. So verdienten Personen mit Migrationshintergrund im Jahr 2013 monatlich 163 Euro weniger. Nach der Gruppe der Personen ohne Migrationshintergrund (1 503 Euro im Monat) wiesen (Spät-)Aussiedler und Personen aus Südwesteuropa mit 1 400 Euro die höchsten Einkommen auf. ► Tab 4

Ein Grund für das niedrige Erwerbseinkommen bei Migranten und deren

Nachkommen liegt in deren beruflicher Stellung. So waren sie häufiger als un- oder angelernte Arbeiter tätig, wobei dies insbesondere auf Personen aus der Türkei (42 %), auf Personen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (31 %) sowie auf (Spät-)Aussiedler (32 %) zutrifft. Letztere waren allerdings in den mittleren und höheren Angestelltenberufen besser repräsentiert als erstere. Insgesamt befanden sich Personen mit Migrationshintergrund im unteren Bereich der Berufshierarchie. Gerade ab den mittleren Angestelltenpositionen und in den Beamtenberufen, aus denen ausländische Staatsbürger ausgegrenzt werden, waren sie deutlich unterrepräsentiert. Betrachtet man die berufliche Stellung der Migrantennachkommen, fällt auf, dass ihre Positionierung in der Berufshierarchie der Gesamtbevölkerung mit Migrationshintergrund ähnelte, wenngleich sich der Anteil der Personen, die als Arbeiter tätig sind zugunsten eines höheren Anteils an einfachen und mittleren Angestellten verringert hat. Diese leichte Aufstiegtendenz traf im Besonderen auf Frauen zu, die zu 33 % in den mittleren Angestelltenberufen zu finden waren. ► Tab 5

7.4.4 Orientierungen, Erfahrung von Benachteiligung und Zufriedenheit

Die Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft gibt Aufschluss darüber, inwieweit Migranten und deren Kinder in ihrem alltäglichen Handeln Abweisung durch die Mehrheitsgesellschaft erfahren. Über solche Erfahrung berichteten die Herkunftsgruppen in unterschiedlichem Ausmaß. Dabei gaben 8 % der Personen mit Migrationshintergrund und darunter 10 % der Migrantennachkommen im Jahr 2013 an, häufig Situationen erlebt zu haben, in denen sie aufgrund ihrer Herkunft abgewiesen beziehungsweise benachteiligt worden waren. Dabei berichteten die Personen türkischer Herkunft am häufigsten von Benachteiligung (18 %), während dies nur 4 % der Personen aus Südwesteuropa und 5 % der (Spät-)Aussiedler taten. Personen mit türkischer Herkunft machten sich auch die größten Sorgen um Ausländerfeindlichkeit (29 % gegenüber 13 % bei Migranten aus Osteuropa).

In fast allen Herkunftsgruppen schätzten mehr als drei Viertel der Personen ihre deutschen Sprachkenntnisse als »gut« bis »sehr gut« ein (80 %). Betrachtet man im Besonderen die Nachkommen

► Tab 5 Berufliche Stellung nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2013 – in Prozent

	Personen ohne Migrationshintergrund ¹	Personen mit Migrationshintergrund ¹						17 bis 45-Jährige	
		Gesamt	Türkei	Länder des ehemaligen Jugoslawiens	Südwesteuropa	(Spät-)Aussiedler	Osteuropa	Migrantennachkommen	Ohne Migrationshintergrund
Arbeiter	12	28	42	31	24	32	32	20	12
Männer	12	28	42	32	21	31	37	24	14
Frauen	12	28	43	29	27	32	24	15	10
Facharbeiter/Meister	12	10	14	10	19	13	7	11	12
Männer	20	17	20	15	28	24	13	17	20
Frauen	4	3	4	4	8	2	1	4	4
Einfache Angestellte	15	21	21	36	22	16	21	24	17
Männer	9	15	15	34	17	10	12	19	11
Frauen	22	26	30	38	28	23	29	30	23
Mittlere Angestellte	27	19	12	16	20	22	22	22	27
Männer	18	13	9	10	15	14	11	13	19
Frauen	36	26	17	23	26	30	31	33	35
Höhere Angestellte	16	12	2	4	7	10	12	14	17
Männer	20	15	3	4	11	13	17	16	19
Frauen	11	8	1	5	2	6	8	11	13
Selbstständige	11	8	9	3	7	6	6	6	8
Männer	13	9	12	5	7	6	8	8	10
Frauen	9	7	5	1	7	6	5	4	7
Beamte	7	2	0	0	1	2	2	3	7
Männer	8	3	0	0	1	2	2	3	7
Frauen	6	2	0	0	2	1	1	3	8

¹ Bevölkerung zwischen 17 und 64 Jahren.
Datenbasis: SOEP 2013.

von Migranten aus der Türkei und aus Südwesteuropa, so fällt auf, dass diese im Vergleich zu der jeweiligen Gesamtgruppe wesentlich häufiger angaben, über mindestens gute deutsche Sprachkenntnisse zu verfügen. Die eigenen deutschen Sprachkenntnisse werden von einer Generation zur nächsten also zunehmend als »gut« bis »sehr gut« eingeschätzt.

Im Jahr 2013 äußerten zudem 80 % der Personen mit Migrationshintergrund den Wunsch, für immer in Deutschland bleiben zu wollen. Die größten Anteile wiesen (Spät-)Aussiedler (94 %) und Personen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (83 %) auf. Die Absicht in Deutschland zu bleiben war bei Personen

türkischer Herkunft insgesamt (66 %) sowie unter den Migrantennachkommen dieser Herkunft (67 %) am niedrigsten. Die schwierigere soziale Situation dieser Gruppe und die stärker verbreitete subjektive Erfahrung von Benachteiligung könnten dieses Ergebnis erklären. ► Tab 6

Zuletzt werden Indikatoren der Lebens- und Bereichszufriedenheit betrachtet. Mit Blick auf die ersten drei Indikatoren der Bereichszufriedenheit (Lebensstandard, Haushaltseinkommen und Wohnsituation) zeigt sich, dass Personen mit Migrationshintergrund über alle Herkunftsgruppen hinweg im Durchschnitt weniger zufrieden waren als Personen ohne Migrationshintergrund. Dies wundert nicht an-

gesichts der Tatsache, dass sie über ein deutlich niedrigeres Haushaltseinkommen verfügten, häufiger von Armut betroffen waren und eine schlechtere Wohnsituation aufwiesen. Entsprechend waren die Werte unter den Personen türkischer Herkunft besonders niedrig. Nur bezüglich der allgemeinen Lebenszufriedenheit heute und in fünf Jahren wiesen Personen mit Migrationshintergrund insgesamt leicht höhere Werte als Personen ohne Migrationshintergrund auf. Besonders stark zeigte sich dies bei der zukünftigen Lebenszufriedenheit, in Bezug auf welche Personen aus allen Herkunftsgruppen zufriedener waren als die einheimische Bevölkerung. ► Tab 7

► **Tab 6** Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft, Sprachkenntnisse, Bleibeabsichten, Überweisungen ins Ausland und Sorgen um die Ausländerfeindlichkeit 2013 – in Prozent

	Wahrgenommene Benachteiligung wegen der Herkunft (häufig)	Sorgen um die Ausländerfeindlichkeit (Anteil großer Sorgen)	Deutsch sprechen (gut bis sehr gut)	In Deutschland für immer bleiben (Ja)	Überweisungen ins Ausland
Bevölkerung mit Migrationshintergrund					
Gesamt	8	18	80	80	4
Türkei	18	29	75	66	3
Länder des ehemaligen Jugoslawiens	7	15	84	83	6
Südwesteuropa	4	18	76	72	2
(Spät-)Aussiedler	5	17	80	94	4
Osteuropa	8	13	77	77	5
Migrantennachkommen					
Gesamt	10	19	98	76	2
Türkei	21	29	99	67	2
Andere ehemalige Anwerbeländer ^{1,2}	3	12	98	82	1
(Spät-)Aussiedler / Osteuropa ²	8	19	99	79	0

1 Länder des ehemaligen Jugoslawiens sowie Südeuropa.

2 Gruppen wurden zusammengefügt, da die Fallzahlen für Migrantennachkommen ansonsten zu gering sind.
Datenbasis: SOEP 2013.

► **Tab 7** Lebens- und Bereichszufriedenheit¹ 2013 – Mittelwerte

	Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund						17 bis 45-Jährige	
		Gesamt	Türkei	Länder des ehemaligen Jugoslawiens	Südwesteuropa	(Spät-)Aussiedler	Osteuropa	Migrantennachkommen	Ohne Migrationshintergrund
mit dem Lebensstandard	7,5	7,3	6,8	7,2	7,4	7,4	7,2	7,5	7,6
mit dem Haushaltseinkommen	6,7	6,4	5,7	6,4	6,6	6,4	6,4	6,5	6,6
mit der Wohnsituation	7,9	7,6	7,2	7,5	7,7	7,8	7,4	7,5	7,7
mit dem Leben heute	7,1	7,3	6,9	7,2	7,0	7,4	7,3	7,3	7,3
mit dem Leben in 5 Jahren	7,2	7,6	7,6	7,8	7,4	7,4	7,9	8,3	8,0

1 Gemessen auf einer Skala von 0 (niedrig) bis 10 (hoch).

Datenbasis: SOEP 2013.